



087
706 J

Ostpreußens Wirtschaftsnot

Vorträge

gehalten auf der Tagung des Verbandes Ostpreussischer
Industrie- und Handelskammern (Grenzkammern)

in Tilsit

am 23. November 1927

Herausgegeben von den Industrie- und Handelskammern
Allenstein, Elbing, Insterburg und Tilsit

Ostpreußens Wirtschaftsnot

Vorträge,

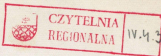
gehalten auf der Tagung des Verbandes Ostpreussischer
Industrie- und Handelskammern (Grenzkammern)

in Tilsit

am 23. November 1927

Herausgegeben von den Industrie- und Handelskammern
Allenstein, Elbing, Insterburg und Tilsit

34880



54084

5346

Inhalt.
1205

1. Dr. Schauen, Allenstein:
Die allgemeine Wirtschaftslage Ostpreußens.
 2. Dr. Kranz, Tilsit:
Ostpreußens Verhältnis zu den Nachbarstaaten.
 3. Dr. Lenkeit, Insterburg:
Ostpreußens Frachtenbelastung und Verkehrsnot.
 4. Dr. von Rütz, Elbing:
Steuerbelastung von Ostpreußens Industrie und Handel.
 5. Dr. Skibbe, Allenstein:
Die Kreditverhältnisse in Ostpreußen.
 6. Wortlaut der auf der Verbandstagung angenommenen
Entscheidung.
-

Die allgemeine Wirtschaftslage Ostpreußens.

Von

Syndikus Dr. Schauen, Allenstein.

Oswald Spengler hat dem Schlusse seines Wertes „Der Untergang des Abendlandes“ den Satz beigefügt:

„ducunt fata volentem, nolentem trahunt“,

der in freier Übersetzung etwa lauten würde:

„Nur Tatkraft besiegt das Geschick,
Bei Gleichmut schreitet es über uns fort“,

und ich möchte diesen Satz meinen heutigen Ausführungen vorausschicken, da er mir wie keiner in seiner Anwendbarkeit auf die heutige Situation gerade Ostpreußens hinzuzielen scheint.

„Nur Tatkraft besiegt das Geschick,
Bei Gleichmut schreitet es über uns fort.“

Ich glaube nicht, daß in unserer Provinz jemand diese Worte hören und nachsprechen kann, ohne an unser Ostpreußen zu denken und damit an alles, was hiermit zusammenhängt. Regt doch der erwähnte Satz Spenglers unmittelbar an den Deutschen zum Nachdenken über das deutsche Geschick und die Möglichkeit, es zu meistern und den Ostpreußen immer wieder zu tiefgrübelndem Nachsinnen über die Gestaltung des ostpreußischen Schicksals, das ihm überdies, anders wie den Bewohner des Reiches, täglich unmittelbar vor Augen gestellt wird. Das ostpreußische Schicksal aber findet seinen Ausdruck in der allgemeinen Wirtschaftslage der Provinz, und von der letzteren wird man nicht sprechen können, ohne zuvor eingegangen zu sein auf das, was wir das „Problem Ostpreußen“ nennen. Es ist allerdings auf der letzten Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages der eine deutsche Eigentümlichkeit stark ironisierende bzw. persiflierende Ausdruck gefallen: „In Deutschland ist nichts so groß, wie der Umsatz an Problemen.“ Uns Ostpreußen liegt gewiß nichts ferner, als die Zahl der Probleme zu vermehren, mit denen wir Deutschen uns beschäftigen müssen. Wir wissen aber, daß zu der großen Zahl von Problemen, vor deren Lösung der unselbige Friedensvertrag von Versailles das deutsche Volk gestellt hat, in erster Linie auch gehört das „Problem Ostpreußen“.

Warum Problem? Man sagt mit Recht, das Mittel, tote Formen zu erkennen, sei das mathematische Gesetz, und das Mittel, lebendige Formen zu verstehen, sei die Analogie, der Vergleich. Weder Mathematik noch Analogie können uns aber auch nur einen Schritt näher der Lösung jenes Problems führen, welches wir das

ostpreußische nennen, weil es hier weder eine lebendige noch eine tote Form gibt. Zur Erkenntnis und zum Verständnis soll vielmehr gelangen ein politischer und wirtschaftlicher Zustand, wie er durch politische Ereignisse geschaffen ist.

Sie wissen, daß bei der Auswertung solcher Ereignisse, sofern sie insbesondere von Bedeutung waren für die Schicksale ganzer Völker und Völkergebiete, namentlich in den späteren Zeiten vielfach gesprochen wird von einer sogenannten geschichtlichen Entwicklung, die ähnlich wie die Analogie zum Verständnis lebendiger Formen dient, beitragen soll zum Verständnis der einzelnen geschichtlichen Ereignisse und ihrer Folgen. Was Ostpreußen anbelangt, so steht für die Gegenwart außer Zweifel, daß der zeitige wirtschaftliche Zustand dieser Provinz eine Folge der geschichtlichen Ereignisse von 1914 und nachher ist. Damit steht aber wieder ebenso fest, daß es sich hier weder handelt um eine geschichtliche Entwicklung überhaupt, noch auch um eine logische geschichtliche Entwicklung. Mit einer solchen hat das Problem Ostpreußen nichts zu tun.

Wie sehr der Hinweis auf eine zwangsläufige oder gar logische geschichtliche Entwicklung hier verfehlt ist und auch die Anwendung der Analogie, d. h. also eines Vergleiches, versagt, ergibt sich auch aus der einwandfreien Feststellung, daß es uns Deutschen und Ostpreußen nicht einfallen kann, beispielsweise aus dem nunmehr unbestreitbaren Aufstiege Polens und dem ebenso unbestreitbaren Niedergange Deutschlands in seiner politischen, wirtschaftlichen und völkischen Bedeutung zu schließen auf einen durch die geschichtliche Entwicklung gegebenen Dauerzustand. Bei der Untersuchung aber wiederum der Frage, ob wir mit Recht einen solchen Schluß von uns weisen, wird unter anderem naturgemäß doch wieder eine gewisse Rolle spielen müssen der Vergleich. Der Vergleich nämlich mit der objektiveren Auffassung, welche unbeteiligte andere Staaten über den gegenwärtigen Zustand und seine Beziehungen zu einer logischen geschichtlichen Entwicklung haben. Diese Auffassung ist uns zweifellos günstig. Gerade im Auslande sind in letzter Zeit immer mehr Stimmen laut geworden, welche sich mit der Festlegung der östlichen Grenzen Deutschlands beschäftigen und diese Grenzziehung als auf die Dauer unhaltbar und widersinnig verurteilen. Doch darf uns das nicht zu einer Unterschätzung der auf der Gegenseite vorhandenen Kräfte und ebenso wenig zu einer Überschätzung der eigenen Kräfte führen, welche zu einer Beseitigung des tatsächlichen unhaltbaren gegenwärtigen Zustandes bereit stehen. Zweifellos ist jedoch, daß Polen bestimmt nicht seit seinem Erstehen an einer Unterschätzung und geringen Bewertung seiner eigenen Kräfte gelitten hat, und so ist interessant, wie in Polen ursprünglich selbst über die Gestaltung der Ereignisse nach dem Kriege gedacht wurde. Im Januar 1919 schrieb der „Dzennik Nowy“ in Warschau wörtlich:

„Die Lage ist für Polen so günstig, wie sie die heißblütigsten Patrioten in ihren verwegensten Träumen sich nicht hätten vorstellen können. Und doch herrscht in Polen die Furcht, daß der große Gewinn ebenso schnell wieder verloren gehen könne, wie er erzielt worden ist. Denn man ist sich dessen bewußt, daß Polen

alle seine Errungenschaften nicht der eigenen Kraft, noch einer dauerhaften Festigung der Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit auf der Welt verdankt, sondern einer kapriziösen Konjunktur.“

So stellt sich das „Problem Ostpreußen“ in polnischer Betrachtung! Keine logische geschichtliche Entwicklung, keine Errungenschaften aus eigener Kraft, keine dauerhafte Festigung der Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit auf der Welt, sondern eine „kapriziöse Konjunktur“. Hierdurch wird tatsächlich das Problem Ostpreußen Schlagartig beleuchtet. Es war tatsächlich mehr als eine kapriziöse Konjunktur, welche dieses Problem schuf, Polen Westpreußen, Posen und Oberschlesien gab und Ostpreußen vom Mutterlande trennte, und es ergibt sich hierbei naturgemäß mit Notwendigkeit die Frage, ob ein Staat, dessen Bestand auf einer solchen kapriziösen Konjunktur gegründet ist, in seinem Bestand und in seinem Wohlergehen gesichert erscheinen kann. Diese Frage wird jedoch einst die Geschichte beantworten. Heute steht lediglich fest, um dennoch eine Analogie, einen Vergleich anzuwenden, — daß Preußen — Deutschland seinen Aufstieg in keiner Phase seiner geschichtlichen Entwicklung einer Konjunktur oder gar noch einer kapriziösen Konjunktur verdankt hat, sondern aktiver, positiver Mitarbeit an der Gestaltung der Ereignisse. Eigenes Blut und Eisen schufen seinerzeit die Größe Deutschlands.

Es dürfte aber durch die vorstehenden Ausführungen bereits zur Genüge, wenn auch kurz, bewiesen sein, daß — rein äußerlich betrachtet — das Problem Ostpreußen und seine Lösung ursächlich zusammenhängt mit dem sogenannten polnischen Problem. Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß die kapriziöse Konjunktur von heute, welcher Polen seine Entstehung und Ostpreußen seine Abschneuerung vom Reiche verdankt, ersetzt werden kann morgen durch eine gleiche Konjunktur, welche andere Verhältnisse schafft. Immerhin aber liegt in diesen ein Problem, welches einst gelöst werden muß, und erfreulicherweise hat nicht nur im Reiche, sondern auch im Ausland diese Erkenntnis immer mehr an Boden gewonnen. Der deutschen Erörterung über dasselbe ist jedoch vorauszuschicken mit aller Entschiedenheit, daß es ein Problem bezüglich der politischen Zugehörigkeit Ostpreußens zum Reiche nicht gibt. Diese Frage ist, wenn sie überhaupt jemals zur Erörterung stand, schon seit Jahrhunderten gelöst und ihre Entrollung erfolgte neuerdings erst gewaltsam und ohne Befolgung der Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit in der Welt durch den Versailler Friedensvertrag. Nach deutscher Auffassung ist sie aber auch unmittelbar nach ihrer neuesten Aufrollung durch die Volksabstimmung des Jahres 1920 sofort wieder, und zwar für immer beseitigt worden. Wenn bei uns daher von einem Problem Ostpreußen gesprochen wird, so kann das lediglich die Bedeutung haben, daß darunter verstanden werden die Verhältnisse, wie sie das eine Wort „Korridor“ andeutet.

Hierin liegt das äußerliche Problem Ostpreußens, wie es die rein äußerliche Betrachtung der Karte ergibt. Es kann daher auch die Lösung des Problems Ostpreußen in dieser äußerlichen Beziehung nur in der Beseitigung des Korridors liegen. Darüber kann kein Zweifel bestehen und gleichwohl kommen wir mit dieser Erkenntnis einer tatsächlichen und der Provinz nützenden Lösung des Problems Ostpreußens keinen Schritt weiter. Sie ist gewiß einfach und radikal, und wir können und dürfen keinen Zweifel darüber hegen, daß sie einst vorgenommen werden wird. Sie ist aber nicht in unsere Hand gegeben und deswegen kann eine solche Lösung auch heute nicht zur Erörterung stehen. Es kann sich vielmehr, wenn heute von dem Problem Ostpreußen gesprochen wird, nur handeln um jenen Fragenkomplex, welcher die schnellste und möglichst sofortige Beseitigung bzw. Paralytierung der sich für Ostpreußen aus der Schaffung des Korridors ergebenden nachteiligen wirtschaftlichen Folgen enthält. Dieses Problem, welches ich die innere Seite des Problems Ostpreußen nennen möchte, ist das 3. Zt. wichtigste die gründliche und sofortige Beseitigung bzw. Paralytierung der Nachteile, welche sich für Ostpreußen aus der Bildung des Korridors ergeben. Und zwar ist diese sofortige Beseitigung bzw. Paralytierung der erwähnten Nachteile aus dem sehr einfachen Grunde gerade für uns Ostpreußen, aber nicht weniger auch für das Reich so ungeheuer wichtig, weil die längere Wirkung der sich aus der Schaffung des Korridors für Ostpreußen ergebenden wirtschaftlichen Folgen eine andere, der Beseitigung des Korridors entsprechende ebenso radikale Lösung des Problems Ostpreußen im Gefolge haben könnte, nämlich den Untergang der deutschen Provinz Ostpreußen.

Das ist die zweite ebenso radikale äußerliche Lösung des Problems, wie sie naturgemäß von der Gegenseite gewünscht wird, und deswegen kann tatsächlich für uns die richtige Lösung des Problems Ostpreußen 3. Zt., wie erwähnt, nur darin liegen, daß jener anderen von der Gegenseite gewünschten radikalen Lösung, d. h. der langsamen, aber sicheren Verelendung der Provinz mit allen Mitteln entgegengewirkt wird. Mit Erfolg wird aber eine solche Gegenwirkung von uns nur vorgenommen werden können, wenn die wirtschaftlichen Folgen der Schaffung des Korridors und ihre Dauerwirkung von uns klar erkannt werden.

Wie steht es aber mit dieser Erkenntnis? Sind tatsächlich die wirtschaftlichen Folgen der Schaffung des Korridors für die Provinz Ostpreußen, sei es von uns selbst, sei es von unseren Stammesbrüdern im Reiche, in ihrer ganzen Bedeutsamkeit und in ihrem ganzen Umfange erkannt worden? Ich möchte doch von mir aus diese Frage verneinen, und hierbei zunächst Bezug nehmen auf die Gedankenlosigkeit, mit der wir uns daran gewöhnt haben, das Wort „Korridor“ zu gebrauchen. Können wir mit Recht das Gebilde, das zwischen uns

und dem Reiche liegt, als Korridor bezeichnen? Ich glaube das nicht, denn während es sich bei einem Korridor um einen Begriff handelt, der etwas verbindet, ist das, was zwischen uns und dem Reiche liegt, etwas entschieden Trennendes. Wir können diesen sogenannten Korridor nicht betreten. Wir durchfahren das Gebiet, das man sich gewöhnt hat, durchaus fälschlicherweise, als Korridor zu bezeichnen, in verschlossenen Wagen, gewissermaßen als Gefangene in unseren eigenen Zügen, und wenn wir uns auch mit der Zeit an diesen ungläublichen Zustand gewöhnt haben, so ist er doch so etwas Außergewöhnliches, daß es sich gerade auch dem Auslande gegenüber in jeder Beziehung verlohnt, immer wieder auf ihn, der seinesgleichen in der Geschichte der Völker nicht hat, hinzuweisen. Es ist also kein Korridor, der zwischen uns und dem Reiche liegt, denn wir können ihn nicht betreten. Er verbindet nicht etwas Getrenntes, sondern er trennt etwas Verbundenes. Was zwischen uns und dem Reiche liegt, ist — und ich fürchte, daß es auch von uns Ostpreußen vielfach wenig erkannt ist — etwas so absolut wirtschaftlich Trennendes, daß es weit ungünstiger wirkt, wie ein Meer. Wäre das Korridorgebiet ein Meer, so wäre das in wirtschaftlicher Beziehung für uns in unendlichem Maße viel günstiger, wie der jetzige Zustand. Sie können sich denken, daß die Westgrenze Ostpreußens anstoßend an ein Meer der wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz eine Menge schwerwiegender wirtschaftlicher Anregungen bieten würde. Man hat jedoch nicht ein Meer zwischen uns und das Reich gelegt, sondern ein Gebiet, das zur Zeit für die Provinz Ostpreußen auch nicht die geringste wirtschaftliche Bedeutung hat, ein Gebiet, das in wirtschaftlicher Beziehung völlig tot ist. Insofern wirkt dieses Gebiet nicht wie ein Meer, sondern wie eine Wüste. Ueber sie führt keine Brücke, von welcher doch immerhin ein Abstieg zu beiden Seiten möglich wäre, über sie führt lediglich ein zu beiden Seiten nur für uns vergitterter Weg, welcher jederzeit beim Eintreten von Verwicklungen irgendwelcher Art von der Gegenseite gesperrt werden kann. Darin liegt gerade die ungeheure, m. E. noch nicht in ihrem ganzen Ausmaße erkannte Tragik in wirtschaftlicher und weiterer Beziehung für die Provinz Ostpreußen. Keine andere Provinz des Reiches, auch nicht Oberschlesien, hat ähnliche Verhältnisse aufzuweisen. Alle übrigen deutschen Provinzen sind fest verbunden mit dem Reiche und auch für Oberschlesien besteht auf seiner einen Seite eine Verbindung. Dagegen liegt Ostpreußen völlig abgetrennt von dem Mutterlande, rings umgeben von zum Teil wirtschaftlich völlig toten Nachbargebieten.

Die ganze Bedeutsamkeit dieser Tatsache in wirtschaftlicher Beziehung und der ganze ungeheure Nachteil dieser Verhältnisse für unsere Provinz tritt besonders deutlich zutage, wenn wir uns vergegenwärtigen, was dieses zwischen uns und dem Reiche liegende Gebiet früher gerade für Ostpreußen bedeutete. Was wir fälschlich als „Korridor“ bezeichnen, ist kein schmales und auch nur annähernd korridorähnliches Gebiet, son-

bern es handelt sich in Wahrheit um zwei ehemals blühende deutsche Provinzen, welche wir abgetreten haben und mit denen Ostpreußen seit sehr vielen Jahren durch die engsten wirtschaftlichen und kulturellen Bande verbunden war. Diese Bande sind durch den Abergang dieser Gebiete in polnische Hand völlig unvermittelt zerrissen, und für die Provinz Ostpreußen sind so unmittelbar vor ihren Toren liegende, besonders wichtige Absatz- und Bezugsgebiete mit den Provinzen Westpreußen und Posen verloren gegangen. Die Wirkung dieses Verlustes auf die ostpreußische Wirtschaft schildern heißt, Ihnen die heutige allgemeine Wirtschaftslage der Provinz mit aller Deutlichkeit vor Augen führen. Wenn gesagt wird, eine solche umfassende Schilderung der heutigen Wirtschaftslage Ostpreußens in der Öffentlichkeit hat bisher zu wünschen übrig gelassen, so muß demgegenüber mit aller Offenheit darauf hingewiesen werden, daß bedauerlicherweise die Verhältnisse bereits so weit gediehen sind, daß die Wirtschaft der Provinz Ostpreußen von einer wahrheitsgetreuen Schilderung ihrer gegenwärtigen Lage in der Öffentlichkeit eine Schädigung namentlich auf dem Gebiete des Kredites befürchten muß, ganz abgesehen von gewissen politischen Rückwirkungen auf den unzuverlässigen polnischen Nachbarn. Ich glaube nicht, daß etwas erschütternder wirken kann, wie diese Erkenntnis.

Naturgemäß hat der Verlust der nahegelegenen westpreußischen und posenschen Absatzgebiete, der Verlust des Memelgebiets und die bewußte Abschneidung von dem russischen Nachbarn überhaupt eine völlige Verschiebung der Grundlagen der ostpreußischen Wirtschaft herbeigeführt. Insbesondere ist Ostpreußen selber belastet mit einem jährlich ungeheuren Frachentribut, der sich naturgemäß um so nachteiliger auswirken muß, weil sich die Entwicklung der ostpreußischen Wirtschaft nunmehr im großen und ganzen auf dem so sehr beschränkten ostpreußischen Wirtschaftsgebiete selbst vollziehen muß.

Des weiteren aber ist Ostpreußens Wirtschaft belastet mit der Unsicherheit des Warenbezuges und Versandes nach und von Ostpreußen. Wenn auch der Friedensvertrag Polen eine ungehinderte Durchfuhr deutscher Waren durch das Korridorgebiet vorschreibt, so ist doch hiervon ausgenommen Kriegsmaterial, und wir wissen aus den Erfahrungen des Krieges, daß nahezu alles heute als Kriegsmaterial betrachtet und behandelt werden kann. Nicht nur Kohlen, Zement und sonstige Baustoffe, sondern auch Getreide, Nahrungsmittel und Bekleidungsstücke können von Polen im Falle kriegerischer Verwicklung als Kriegsmaterial betrachtet und im Korridor beschlagnahmt werden.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß diese Unsicherheit des Warenbezuges und -versandes die ostpreußische Wirtschaft stark belastet. Im Zusammenhange mit der unleugbaren Umklammerung Ostpreußens durch einen wenig zuverlässigen und unberechenbaren

Nachbarn ist leider auch heute noch im Reiche der Gedanke, daß es sich bei Ostpreußen um politisch stark gefährdetes Gebiet handele, weil verbreitet. Die Rückwirkung insbesondere auf den Kredit ergibt sich von selbst. Sie werden nachher hören, in welchem Umfange gerade die für die Provinz Ostpreußen gegebenen, besonders nachteiligen Kreditverhältnisse insbesondere zu der fortschreitenden Verschuldung der ostpreußischen Wirtschaft beigetragen haben. Das Fortschreiten dieser Verschuldung ergibt sich bei allen ostpreußischen Wirtschaftszweigen, wie insbesondere bei der Landwirtschaft und bei der Industrie in einem Maße, wie es in anderen Provinzen des Reiches nicht beobachtet werden konnte. So hat auch gerade die letzte Reichsbandiskonterhöhung naturgemäß auf die an sich schon geschwächte ostpreußische Wirtschaft eine ganz andere Auswirkung, wie im übrigen Reiche.

Man könnte einwenden, daß der in Aussicht stehende Abschluß des Handelsvertrages mit Polen geeignet ist, eine Änderung der heutigen Verhältnisse herbeizuführen. Doch fürchte ich, daß sich gerade auch in den Bestimmungen eines künftigen deutsch-polnischen Handelsvertrages die ganze Tragik des ostpreußischen Schicksals offenbaren kann. Die stark aufstrebende Industrie der früheren deutschen Provinz Westpreußen ist nach ihrem Übergange in polnische Hand nicht mehr in der Lage, dem ostpreußischen Absatz die gleiche Anregung zu geben, wie früher. Dagegen besteht die ungeheure Gefahr, daß gerade jene Erzeugnisse, auf deren Absatz Ostpreußen mehr oder weniger angewiesen ist, Getreide, Holz und Vieh, polnischerseits auf dem Wege über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag nach Deutschland zur Einfuhr gelangen werden.

Eine Betrachtung aller dieser Verhältnisse ergibt eine erkennbare fortschreitende Verkümmernng unserer ostpreußischen Wirtschaft. Sie tritt bei allen Wirtschaftszweigen mehr oder weniger in die Erscheinung und äußert sich nicht nur in einer deutlich wahrnehmbaren Lähmung des Unternehmertums, sondern ganz allein allgemein auch in einer Verkürzung des Aktionsradius der einzelnen Wirtschaftszweige. So ergibt sich insbesondere aus den für die ostpreußische Landwirtschaft getroffenen Feststellungen ein ständig fühlbarer Übergang von der intensiven zur extensiven Wirtschaft, ein gefährdender Rückgang der Rentabilität, der sich in der allernächsten Zeit zweifellos für sehr viele landwirtschaftliche Betriebe zu einer Katastrophe auflösen muß.

In der Industrie haben die für Ostpreußen gegebenen Verhältnisse eine so erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage gegeben, daß auch hier Anlaß zu der größten Besorgnis gegeben ist. In allen Zweigen der ostpreußischen Industrie ist ein verhältnismäßig starker Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen. In der Sägewerksindustrie konnte trotz der Verarbeitung bodenständigen Materials auch nicht annähernd die Beschäftigung der Vorkriegszeit erreicht werden. Die Verringerung des Einschlages ostpreußischer Forsten

hat die ostpreußische Sägewerksindustrie vor die Notwendigkeit der Einfuhr polnischen Rundholzes und ihre Entwicklung hiermit mehr oder weniger auf die Grundlage des Zufalles gestellt.

Die ostpreußische Landmaschinenindustrie leidet unter den ungünstigen Verhältnissen, wie sie bei der Landwirtschaft bedauerlicherweise festgestellt werden müssen, und wenn auch in der Ziegelindustrie die diesjährige Beschäftigung wegen der Belebung der Bautätigkeit in diesem Jahre etwas größer gewesen ist, so ist auch hier die Beschäftigung gegenüber dem Frieden in ganz erheblichem Maße geringer.

Alle Industriezweige aber sehen mit Schrecken der kommenden Abnutzung ihrer Werke entgegen und der vorliegenden Unmöglichkeit, eine Erneuerung der Maschinen usw. vorzunehmen.

So ist die gesamte ostpreußische Wirtschaft vor Fragen gestellt, die für ihren Bestand von entscheidender Bedeutung sind. Dabei wird es sich aber weiter nicht nur um den Bestand der ostpreußischen Wirtschaft, sondern auch um den Bestand der Provinz selbst handeln müssen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wirtschaft der Provinz das Rückgrat bildet für ihre Zusammengehörigkeit mit dem Reiche. Wird das wirtschaftliche Rückgrat Ostpreußens gebrochen, so wird damit auch ihre politische Widerstandsfähigkeit beseitigt. Es hieße, unsere Pflicht in größlichem Maße verletzen, wenn wir nicht in dieser Situation den Staat immer wieder und bei jeder sich bietender Gelegenheit auf die Notwendigkeit hinweisen, Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, die Wirtschaft und damit auch die politische Widerstandsfähigkeit Ostpreußens zu stärken. Es sollte überdies allen Kennern der Verhältnisse und allen denen, die es angeht, nicht verborgen geblieben sein, daß eine Selbsthilfe der Provinz, zumal nach den Stürmen der Inflation, mit allen ihren Kapitalverlusten und nach der völligen Umwälzung aller Daseinsvoraussetzungen für die ostpreußische Wirtschaft ausgeschlossen erscheinen muß. Der weiter fortgesetzte Versuch einer solchen Selbsthilfe muß die Provinz langsam, aber sicher jener zweiten von mir erwähnten radikalen Lösung des Problems Ostpreußen entgegensühren und Reich und Staat, insbesondere aber uns, restlos um die Früchte der ost- und westpreußischen Abstimmung bringen. Ostpreußen will teilnehmen nicht nur an der wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches, sondern auch wenigstens einigermaßen Schritt halten mit derselben. Ein Wiederaufstieg Deutschlands darf keinen Schatten werfen auf einen Teil des Reiches und die Entwicklung dieser Provinz darf sich nicht im Schatten vollziehen. Wenn in einer Provinz der unwürdliche Glaube an deutsche Bestimmung und an den Wiederaufstieg Deutschlands vorhanden ist, so ist das in Ostpreußen der Fall, und ich glaube allerdings, daß dieses Vertrauen Ostpreußens durch ein wenigstens gleiches Vertrauen des Reiches erwidert werden muß. Demgegenüber haben wir mit Bedauern feststellen müssen, daß aus dem Ostpreußenprogramm geworden ist ein Ostprogramm und aus dem Ostprogramm ein Grenz-

programm. Auf der einen Seite konnten von unserer Provinz die unverkennbaren Bestrebungen des Reiches und des Staates, Ostpreußen zu helfen, mit besonderem Dank begrüßt werden. Auf der anderen Seite ergab sich aber für Ostpreußen die bedauerliche Betrachtung, daß andere Provinzen von Reich und Staat die gleichen Maßnahmen forderten, wie sie für Ostpreußen vorgesehen waren. Sogar Bayern und Sachsen wollten teilnehmen an der gleichen Fürsorge des Reiches für Ostpreußen, obwohl, wie nochmals mit allem Nachdruck festzustellen ist, für keine andere Provinz des Reiches die gleichen ungünstigen Verhältnisse gegeben sind, wie gerade für Ostpreußen. Mit besonderer Freude konnten wir daher die in letzter Zeit erfolgte Kundgebung des Westens gegenüber Ostpreußen begrüßen, und wir können nur hoffen, daß auch in den anderen Teilen des Reiches die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer alsbaldigen und besonderen Fürsorge des Reiches bzw. des Staates für Ostpreußen wächst. Mögen Einsicht und staatsmännische Klugheit bald den Weg der Tat finden, der den ostpreußischen Forderungen gerecht wird. Die Erhebung dieser Forderungen durch Ostpreußen hat nichts zu tun mit dem in der heutigen Zeit so beliebten und immer etwas anrühigen Rufe nach Staatshilfe. Mit Bezug auf die Provinz Ostpreußen ergibt sich vielmehr die klare und einfache Erwägung, daß jeder Pfennig, der in diese Provinz auf lange Sicht gesteckt wird, reichlich Zinsen und Zinseszinsen tragen wird, während jedes Zögern mit baldigen und wirklich einschneidenden Maßnahmen einzu zu der Aufmachung einer Verlustbilanz führen muß. Reich und Staat wollen wir daher auch heute entgegenrufen die Worte Spenglers:

„Nur Tatkraft besiegt das Geschid,
Bei Gleichmut schreitet es über uns fort.“



Ostpreußens Verhältnis zu den Nachbarstaaten.

Von

Syndikus Dr. Kranz, Tilsit.

Die vorgeschobene Lage Ostpreußens bringt es mit sich, daß die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte der Provinz stets wesentlich von der Gestaltung der Beziehungen zu dem oder den östlichen Nachbarn abhängt. Vor dem Kriege standen wir in regen wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland, bezogen von ihm wichtige Rohstoffe und hatten regen Absatz dorthin. In den baltischen Provinzen war eine starke deutschstämmige Oberschicht ansässig, die auch unter russischer Herrschaft deutsche Kultur pflegen und sich wirtschaftlich rege betätigen konnte. Es ist uns deshalb nie in den Sinn gekommen, den Krieg mit Rußland herbeizuwünschen um irgend welcher wirtschaftlicher Ziele wegen.

Der Ausgang des Krieges hatte eine rückläufige Völkerwanderung zur Folge. In nunmehr fast zehn Jahren hat das deutsche Volk, hat deutsche Art und Kultur gewaltige Gebiete unter dem Zwang der Verhältnisse räumen müssen. Welle auf Welle ist zurückgestutet, und gerade in diesen Monaten endet abermals ein Abschnitt dieser Epoche. Die rückläufige Bewegung begann mit der Räumung des Baltikums. Nicht nur die deutschen Verwaltungen und deutschen Truppen, sondern auch große Teile der Jahrhunderte hindurch dort ansässigen deutschen Bevölkerung verließen ihre alte Heimat und suchten in Ostpreußen oder im übrigen Deutschen Reich eine Zufluchtsstätte. Viele wandten sich nach dem Memelgebiet. Aber auch dieses kerndeutsche Gebiet ging im Frühjahr 1923 an Litauern verloren. Deutsches Beamtentum wurde alsbald dort planmäßig verdrängt und durch fremdstämmige großlitauische Leute ersetzt. Die deutsche Bevölkerung wurde inso jure zu Litauern gestempelt. Wer sich seine deutsche Staatsangehörigkeit erhalten wollte, konnte zwar für Deutschland optieren, mußte jedoch der Heimat Lebewohl sagen. In vier Monaten, am 31. März 1928, läuft die Frist ab, bis zu welcher die letzten Optanten das Memelgebiet verlassen haben müssen.

Gleichzeitig aber brach fremdes, slawisches Volk von Südosten her in deutsches Land ein. Posen und Westpreußen, ja, selbst ein Stück von Ostpreußen — Soldau — wurde polnisches Hoheitsgebiet. Die Tatsache des staatsrechtlichen Verlustes dieser Gebiete war für Ostpreußen natürlich von katastrophaler Wirkung. Sie wäre aber vielleicht noch eher erträglich gewesen, wenn nicht Polen sich gleich-

falls in zielbewußter und rücksichtsloser Weise die Verdrängung der deutschen Bevölkerung und die Polonisierung der Gebiete zum Ziel gesetzt hätte. So brandete die polnische Welle plötzlich über deutsches Gebiet bis an die Ostsee und machte aus Ostpreußen eine deutsche Insel inmitten fremden Volkes. Und Polen machte kein Hehl daraus, daß es Ostpreußen gleichfalls entdeutschen und sich einverleiben wolle. Dazu hat es sich das Ziel gesetzt, unsere abgeschnürte Heimatprovinz zunächst wirtschaftlich zu erdrosseln. Wir wissen und danken es der Regierung, daß sie diesem Vorgang in erhöhtem Maße ihre Aufmerksamkeit zuwendet und Gegenmaßnahmen nach ihren Kräften zu treffen bereit ist. Das ist aber auch unbedingt erforderlich.

Wenn es nun auch äußerlich vielleicht zunächst zu einer gewissen Konsolidierung der Verhältnisse kommt, so vollzieht sich unmerklich und ohne Veränderung der politischen Grenzen nämlich noch ein weiterer Vorgang auf dem Gebiete der Völkerbewegung. Das ist die freiwillige Abwanderung deutscher Elemente aus Ostpreußen nach dem Deutschen Reiche. Die Gründe hierfür sind wohl vor allem in den besseren Lebensbedingungen zu suchen, die die mittel- und westdeutschen Gebiete zu bieten vermögen, wie beispielsweise höhere Löhne, größere Verdienstmöglichkeiten, Anregungen usw. Auch der Zug vom Lande in die Stadt spielt dabei sicherlich eine Rolle. Man muß rechnen, daß jährlich etwa 15 000 arbeitsfähige Personen aus Ostpreußen abwandern. Das ist bei einem Geburtenüberschuß Ostpreußens von 28 000 doch zweifellos eine beachtliche Zahl. Man kann wohl annehmen, daß der Geburtenüberschuß durch die Abwanderung so gut wie aufgehoben wird. Daß Ostpreußen dabei dem deutschen Vaterlande wertvollstes, zumeist junges und gut vorgebildetes Menschenmaterial liefert und schon um dessentwillen Anspruch auf Gegenleistungen des übrigen Deutschen Reiches erheben darf, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Diese Abwanderung ist um so bedenklicher, als Ostpreußen an Staaten grenzt, die sich eines ständigen erheblichen Geburtenüberschusses erfreuen. Wenn Ostpreußen selbst auch noch einen gewissen Geburtenüberschuß aufweist, so wird eine Zunahme der deutschen Bevölkerung durch die Abwanderung doch in Frage gestellt. Dabei ist weiter zu bedenken, daß Ostpreußens Bevölkerungsdichte beispielsweise hinter denjenigen Polens schon jetzt nicht unerheblich zurücksteht. Kommen doch in Ostpreußen nur 61 Einwohner auf den Quadratkilometer, während in Polen deren 70 darauf entfallen. Litauen allerdings zählt nur 38, wenn man das Memelgebiet nicht berücksichtigt. Und bei dem Vergleiche mit Polen ist auch zu Gunsten Ostpreußens zu beachten, daß die Struktur Ostpreußens gesünder ist, denn die Verteilung innerhalb Ostpreußens ist gleichmäßiger, während in Polen das flache Land bevölkerungsarm ist, die Bevölkerung sich dagegen in Großstädten eng zusammenballt. Immerhin offenbart sich auch in diesen Zahlen der polnische Expansionsdrang, und daß der Pole gerade nach deutschem Gebiet schießt, kann nicht weiter wundernehmen, da er jetzt, nachdem er Posen und Westpreußen verschluckt hat, wohl am besten zu beurteilen versteht, was altes deutsches Kulturland wert ist.

Wenn ich mich nun der Frage zuwende, was deutscherseits zu tun ist, um den daraus drohenden Gefahren zu begegnen, so muß ich mir hierbei eine gewisse Beschränkung auferlegen, da ich nur für den Grenzlanderverband spreche. Immerhin, wenn das getan wird, was der ganzen ostpreussischen Wirtschaft frommt und dienlich ist, so wird das auch den Wünschen unseres Verbandes und den Interessen der von uns vertretenen Berufskreise entsprechen. Gewiß ist die Landwirtschaft der wichtigste Faktor im wirtschaftlichen Leben Ostpreußens. Auch sie ist aber in der Fähigkeit, deutsche Elemente aufzunehmen und zu beschäftigen, nicht unbegrenzt, zumal Ostpreußen durchaus nicht das Land des Großgrundbesitzes ist, für das es im allgemeinen gehalten wird. Dagegen bieten Handel und Industrie noch Entwicklungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, namentlich bei einer Erweiterung der Geschäftsbeziehungen nach dem Osten. Daher ist es wichtig, auch diesen Erwerbszweigen zu helfen und ihre Existenz zu schützen.

Wir sind deshalb interessiert nicht nur an geregelten Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarn Litauen und Polen, sondern auch zu den anderen Randstaaten und zu Rußland. Was diese anbetrifft, so will ich mich jedoch auf die allgemeine Bemerkung beschränken, daß der europäische Osten seit seiner Balkanisierung nicht fähig ist, sich am Welthandel maßgebend zu beteiligen und mit geschlossenen Wirtschaftsgebieten, wie Amerika, Groß-Britannien und seinem Kolonialreich und den anderen Weltreichen in Wettbewerb zu treten. Darunter leidet naturgemäß Ostpreußen am meisten von den deutschen Gebieten. Das war ja auch der Zweck der Bildung der Randstaaten. Sie sollten uns von Rußland trennen; sie sollten hindern, daß wir mit ihm ein großes geschlossenes Wirtschaftsgebiet bildeten. Diese Hindernisse, die durch die zahlreichen politischen und Zollgrenzen, die verschiedenen Wirtschafts- und Währungssysteme bereitet werden, müssen wieder beseitigt werden. Es ist unser Unglück, daß all den Staaten, die zum Teil nur als Zwergstaaten anzusprechen sind, Hoheitsrechte, wie Münz-, Zoll-, Steuerhoheit zustehen, die heute nur noch solchen Staaten zukommen sollten, die Weltpolitik treiben können. Auch ist damit ein ständiger Brandherd geschaffen. Litauen befindet sich in Kriegszustand mit Polen, es gärt hier wie dort, es gärt in Lettland. Wenn nun die Hindernisse nicht radikal beseitigt werden können, so müssen sie durch Verständigung auf ein Mindestmaß beschränkt und so wenig wie möglich fühlbar gemacht werden. Kann man die Grenzen nicht aufheben, so kann man sie doch mehr oder weniger „uninteressant“ machen. Deshalb sind auch wir an der Frage, ob, um ein Beispiel zu nehmen, zwischen Estland und Lettland eine Zollunion zustande kommt, interessiert. Daher geht unsere dringende Forderung an die Regierung dahin, daß sie das Ihre dazu tun möge, um den Weg nach dem Osten frei zu machen. Wir wissen wohl, daß der Weg steil und mit Konferenzen und Kompromissen gepflastert ist. Er muß aber gegangen werden. Natürlich verlangen wir nicht eine Verständigung mit den einzelnen Staaten um jeden Preis. Damit würde häufig das Gegenteil erreicht werden. Für und wider muß in jedem Falle genau abgewogen werden. Die Hauptsache ist aber, daß das Ziel nicht vergessen wird. Leider scheint

es manchmal, als ob das der Fall sei; so namentlich, wenn über einzelne Gebiete und Sonderfragen von den beteiligten Verwaltungen allein und selbständig verhandelt wird.

Was nun unser Verhältnis zu Polen und Litauen anbetrifft, so will ich mich hier auch nicht in Einzelheiten verlieren. Unser Verhältnis zu Polen ist von Professor Bedmann, Bonn, bekanntlich treffend dahin charakterisiert worden: „Ostpreußen oder Polen.“ Man kann es auch so ausdrücken: „Polen ist näher an Berlin als Ostpreußen.“ Gerade Polen gegenüber kommt es daher nicht darauf an, um jeden Preis zu einem Abkommen zu gelangen. Lebensinteressen unserer Provinz müssen unbedingt dabei gewahrt bleiben. Insbesondere dürfen durch die Einfuhr von Getreide, Kartoffeln und Schweinen aus Polen nicht Lebensinteressen unserer Landwirtschaft, durch die Einfuhr von Schnittmaterial nicht Lebensinteressen unserer Sägewerksindustrie verletzt werden. Polnische Annahmen, wie die Drohung, die Ausfuhr von Rundholz weiter zu erschweren oder überhaupt zu verbieten, sind dabei nicht zu ernst zu nehmen. Die Regierung wird auch gut tun, sich nachdrücklichst dagegen zu verwahren, daß sie zu Verhandlungen und Zugeständnissen etwa deshalb bereit sei, weil sie unter dem Druck der polnischen Maximalzollverordnung stehe, die vom 26. Dezember ab eine Erhöhung der polnischen Einfuhrzölle vorsieht, wenn bis dahin kein Handelsvertrag zustande gekommen sein sollte. Sollte Polen sich etwa diesem Glauben hingeben, so wäre es richtiger, Gegenmaßnahmen zu treffen, als den Weg der Verhandlungen zu beschreiten. Polen hat großes Interesse am Abschluß eines Handelsvertrages. Seine Wirtschaftslage charakterisiert sich dahin: Teuerung, starke Arbeitslosigkeit, ständige Zunahme der arbeitssuchenden Bevölkerung, Abhängigkeit der Kreditverhältnisse und Kreditwürdigkeiten von dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland. Trotz des Zollkrieges betrug der Anteil des Deutschen Reiches an der Einfuhr von Polen und Danzig im Jahre 1926: 23,7 %, an der Ausfuhr 25,4 %. Was spielt dagegen Polen im Wirtschaftsleben Deutschlands für eine Rolle? Es war mit 2,8 % an der Gesamteinfuhr und mit 2,0 % an der Gesamtausfuhr Deutschlands im Jahre 1926 beteiligt. Danach ist unser deutsches Interesse am Abschluß eines Handelsvertrages ein Zehntel des polnischen. Aber es ist dabei zu erwägen, nicht so sehr, was das deutsche, sondern was das ostpreußische Interesse erfordert. Denn das ist hier letzten Endes das wahre Interesse des Deutschtums.

Immer ist zu bedenken, daß Polen die ausgesprochene Absicht verfolgt, Ostpreußen wirtschaftlich lahm zu legen. Deshalb ist es bemüht, den Verkehr im Korridorgebiet aus der Richtung von Osten nach Westen in die Nord-Süd-Richtung zu lenken. Deshalb ist es bestrebt, auch die letzten Beziehungen Ostpreußens zum Korridorgebiet zu unterbinden und die alte Kulturgemeinschaft zu zerreißen. Nur deshalb verweigert und verteuert es den im Korridorgebiet wohnenden Deutschen den Besuch Deutschlands. Es arbeitet mit vielen, auch kleinen Mitteln, die jedoch in ihrer Gesamtheit für Ostpreußen etwas ausmachen. Hier heißt es, über der Kleinarbeit nicht zu verzagen. Viele kleine Dinge machen ein Großes. Um das Deusch-

tum geht es, wenn ostpreußische Interessen verfochten werden müssen. Hierzu darf ich auf folgendes hinweisen:

1. Polen hat bis heute noch nicht den Fernsprechverkehr von Ostpreußen nach dem Korridorgebiet freigegeben, obwohl Leitungen, jedenfalls doch die Bahnleitungen vorhanden sind, und obwohl Fernsprechverbindungen zwischen dem Korridor und zahlreichen Ortschaften im übrigen Deutschen Reiche längst bestehen. Zwar sollen neue Fernsprechleitungen im nächsten Jahre gebaut werden. Aber diese sollen nach Wilna und Bialystok, nicht nach dem abgetretenen Gebiet führen. Hier muß nachdrücklichst auf schleunige Aufnahme auch dieses Fernsprechverkehrs gedrungen und nötigenfalls der Bau von Leitungen auch nach dem Korridor durchgesetzt werden. Es hat den Anschein, als ob auch hier deshalb nichts erreicht worden ist, weil die Verhandlungen nicht einheitlich geführt worden sind.

2. Auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens hat es den Anschein, als ob die Vertretung unserer Interessen unter der Zersplitterung der Verhandlungen leidet. In dem Pariser Eisenbahnabkommen von 1921 sehen weite Kreise eine wesentliche Verschlechterung der Bestimmungen über den Korridorverkehr gegenüber den Zusicherungen des Friedensvertrages, und sie verstehen nicht, wie die Bahnverwaltung der Bedingung zustimmen konnte, daß die Züge zu 60 % besetzt sein müßten. Soweit wir unterrichtet sind, wird übrigens auch jetzt beispielsweise von der Reichsbahndirektion Königsberg und der Reichsbahndirektion Breslau je gesondert mit Polen verhandelt.

In welcher Weise Polen bemüht ist, Ostpreußen Abbruch zu tun, dafür zeugt auch seine Absicht, von der kürzlich in Zeitungen die Rede war, eine Bahn parallel zur Südgrenze Ostpreußens von Thorn nach Ostpolen, und zwar nach Bielz, zu bauen, das an der Strecke Bialystok—Brest-Litowsk liegt. Es soll dies eine Wettbewerbsbahn sein gegen die Strecke Dirschau—Königsberg—Dünaburg.

3. Auf dem Gebiete der Schifffahrt ist es nicht gelungen, Polen zur Eröffnung des Schifffahrtsweges Weichsel und Brabe zu zwingen. Es bleibt zu prüfen, ob hier nicht durch die Bereitwilligkeit der Bahn zur Erstellung von Wettbewerbsstarifen für die polnischen Güter wertvolle Zugeständnisse nutzlos fortgegeben sind. Der Binnenschifffahrtsweg von Ostpreußen nach dem Reiche ist praktisch auch noch nicht wieder benutzbar geworden.

4. Der Flugverkehr ist gleichfalls bedauerlicherweise durch ein besonderes Abkommen mit Polen geregelt. Dabei ist zwar polnischerseits das Überfliegen des Korridors auf der Strecke Berlin—Warschau zugestanden worden, jedoch unter der Bedingung, daß der Flugverkehr auf dieser Strecke von Polen betrieben wird. Die ostpreußischen Wünsche nach Überfliegen des Korridors auf der Strecke Berlin—Ostpreußen sind nicht erfüllt.

5. Auch die Grenzverhältnisse zu Polen sind nicht überall befriedigend geregelt. Eine deutliche Beleuchtung erfährt das polnische Bestreben dadurch, daß Polen die Absicht kundgegeben hat, die Weichselbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde zu beseitigen oder

zum mindesten die Zollstraße über diese Brücke zu schließen. Es ist dies die einzige Brücke, die noch eine Verbindung zwischen Ostpreußen und Polen über die Weichsel herstellt. Der Eisenbahnverkehr nach Schmentau hat schon nach der Abtretung des Gebiets und der Brücke eingestellt werden müssen. Nun soll auch der lebhafteste Kraftwagen-, Fuhrwerk- und Fußgängerverkehr unterbunden werden. Dies muß verhindert werden. Die Brücke hat auch große Bedeutung für den Deichschutz und bildet bei Hochwasser die einzige Verbindung für fünf drüben gelegene Dörfer mit der Außenwelt. Das soll nur ein Beispiel für den Zustand der Grenzverhältnisse sein. Wir sind ja Polen bei dem Abschluß des Landarbeiterabkommens entgegengekommen. Wir können und müssen auch von Polen wenigstens ein Mindestmaß von Einsicht in solchen Fragen erwarten.

Aberhaupt sind dies insgesamt nur einige herausgegriffene Beispiele, die die Lage kennzeichnen sollen. Keineswegs soll dies etwa eine erschöpfende Aufzählung unserer Wünsche sein. Wir haben jedenfalls den Eindruck, daß durch Sonderabkommen vorwiegend polnische Wünsche erfüllt werden, wie z. B. auch jetzt durch das Landarbeiterabkommen. Soeben verlautet, daß auch die Frage der polnischen Schnittholzeinfuhr und des polnischen Verzichts auf die Erhöhung des Rundholzzolls abgesehen verhandelt werden soll. Wir bitten, zu erwägen, ob es hier nicht richtig wäre, die einheitliche Linie auf das Ziel des insgesamt Erreichbaren wieder sicher zu stellen, und zwar gerade auch um unserer ostpreußischen Verhältnisse willen.

Anschließend noch einige Worte über Litauen. Unsere Verhandlungen mit diesem Lande sind aussehend wieder einmal auf einem toten Punkt. Wir wissen, daß politische Fragen im Vordergrund stehen. Die Entscheidung in diesen müssen wir den zuständigen Stellen überlassen. Wenn Litauen auch nicht so feindselig gegen Deutschland eingestellt ist wie Polen, so werden doch unsere wirtschaftlichen Beziehungen durch sein Verhalten gegenüber dem Deutschland im Memelgebiet nachteilig beeinflusst. Auch ist der Wert aller Abmachungen deshalb nur bedingt, weil Litauen sich häufig genug mit und ohne Ausflüchte über sie hinwegsetzt und sich von ihnen losläßt. So ist es mit dem Ausfuhrzoll auf Papierholz gegangen, den Litauen von sich aus im Februar d. J. ohne weiteres verdoppelt hat, obwohl es nach den unzweideutigen Bestimmungen des Handelsvertrages verpflichtet war, hierüber vorher eine Verständigung mit der deutschen Regierung zu erstreben. Den Grenzvertrag, den Litauen im Juli 1925 unterzeichnet hat, läßt es nur gelten, soweit er mit seinen inländischen Gesetzen in Einklang steht, d. h. soweit er ihm paßt. Eine Ratifikation hat der Sejm im Frühjahr d. J. unerwartet und endgültig abgelehnt. Wir haben also jetzt nach fast fünf Jahren Nachbarschaft noch immer keine vertraglich geregelten Zustände im Grenzverkehr. Wenn der Verkehr auch nicht gerade ganz unterbunden ist, so ist es doch immer ein unerträglicher Zustand, täglich aufs neue von dem guten Willen der anderen Partei abhängig zu sein.

Zu alledem kommt der Konflikt Litauens mit Polen, unter dem wir Tilsiter hier wohl am meisten leiden, da er die Sperre des Memelstroms zur Folge hat. Wenn also wir mit Litauen nicht in geordnete



Verhältnisse kommen, wenn Litauen und Polen sich im Kriegszustand miteinander befinden, so sind wir immer und immer wieder dabei die Prügelnaben. Ich will hier nicht auf die Gründe eingehen, auch nicht die Frage untersuchen, ob Deutschland vielleicht eine Verständigung vermitteln, ob und wie überhaupt hier Abhilfe geschaffen werden könnte. Mir liegt nur daran, die Tatsache festzustellen, daß wir diejenigen sind, die darunter bitter zu leiden haben. Deshalb muß uns, wenn die Hindernisse nicht aus dem Wege geräumt werden können, auf andere Weise geholfen werden. In politischer Hinsicht ist die Regelung der Beziehungen zu Litauen wohl eine deutsche, in wirtschaftlicher eine ostpreußische Frage.

Daß Litauen uns braucht, ergibt sich daraus, daß aller Abneigung zum Trotz Deutschland im ersten Halbjahr 1927 mit rund 55 % an der Einfuhr Litauens beteiligt gewesen ist und 45 % der litauischen Ausfuhr aufgenommen hat. Daß wir unter diesen Umständen uns nicht gerade allzuviel von Litauen bieten zu lassen brauchen, dürfte danach wohl auf der Hand liegen. Für Deutschland spielt Ein- und Ausfuhr nach und aus Litauen überhaupt keine Rolle. 1926 betrug die Einfuhr aus Litauen nach Deutschland 0,2 % der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr 0,3 %; das fällt für Deutschland überhaupt nicht ins Gewicht.

Auch hier gilt es, daß zu unterscheiden ist, was das deutsche und was das ostpreußische Interesse verlangt. Wenn hier deutsche Interessen vorangestellt werden, so muß Ostpreußen dafür schadloos gehalten werden. Auf das „Wie“ werden die anderen Vorträge eingehen. Es kann geschehen z. B. für die Sperre des Memelstroms durch Frachterleichterungen.

In diesem Zusammenhange und zum Schluß noch einige Wünsche, die sich auf die eigentlichen Handelsverhältnisse beziehen. Soweit Handelsbeziehungen zu dem östlichen Auslande jetzt bestehen, sei darauf hingewiesen, daß uns der Handel hier dadurch erschwert wird, daß das Ausland von den Fabrikanten vielfach zu Auslandspreisen billig beliefert wird. Dagegen will ich an sich nichts sagen; wohl aber will ich mich dagegen wenden, daß der ostpreußischen Kaufmannschaft, insbesondere dem Kaufmann des Grenzbezirks, der Auslandspreis für seine Auslandsgeschäfte dann nicht auch gewährt wird. Alle langjährige Handelsbeziehungen werden dadurch zum Nachteil des ostpreußischen Handels, aber auch der deutschen Außenhandelsbilanz unterbunden und unmöglich gemacht. Deshalb möchte ich die Regierung bitten, diesem Punkte ihr Augenmerk zuzuwenden und sich für Abstellung dieses Mißstandes einzusetzen. Denn die Ausschaltung des erfahrenen, land- und leutekundigen Grenzkaufmanns kann sich einmal bitter rächen.

Ferner kann ja wieder einmal die Möglichkeit auftauchen, daß deutscherseits Warenkredite an das Ausland gegeben werden. Für diesen Fall bitten wir, die Kaufmannschaft Ostpreußens, insbesondere diejenige der Grenzbezirke, angemessen zu berücksichtigen. Diesen Anspruch halten wir gleichfalls im Hinblick auf die alten Geschäftsbeziehungen zu Rußland für durchaus gerechtfertigt. Es kann

doch auch nur in deutschem Interesse liegen, wenn die reichen Erfahrungen der ostpreussischen Kaufmannschaft auf diesem Gebiet nutzbar gemacht werden.

Gerade diese Wünsche werden Ihnen beweisen, daß wir unsere Stellung hier nicht etwa als verloren betrachten, daß wir auch nicht bloß Rüdzugsgefechte liefern wollen. Wir betrachten uns vielmehr als Vorposten der deutschen Wirtschaft und erwarten, daß es uns ermöglicht wird, wieder zu wirtschaftlicher Offensive überzugehen. Und dazu, meine Herren, sollen auch Sie uns verhelfen.



Ostpreußens Frachtenbelastung und Verkehrsnot.

Von

Syndikus Dr. Lenkeit, Insterburg.

Zur Feststellung derjenigen Wünsche und Forderungen, welche das ostpreußische Wirtschaftsleben auf dem Gebiete der Eisenbahn-Gütertarife erheben muß, um lebensfähig zu bleiben, läßt es sich wohl nicht vermeiden, daß wir von Tatsachen ausgehen, die in diesem Kreise zwar allgemein bekannt und auch heute bereits erwähnt sind, die aber festgestellt werden müssen, um zunächst eine gemeinsame Plattform herzustellen, auf der wir dann weiter aufbauen können.

Wir haben bekanntlich Rußland, das Memelgebiet sowie Posen und Westpreußen als wertvolle Bezugs- und Absatzgebiete verloren und waren gezwungen, uns hierfür anderswo Ersatz zu suchen. Die Schäden, welche unserer Wirtschaft dadurch entstanden sind, daß ihr trotz aller Bemühungen die Erschließung neuer Gebiete überhaupt nicht gelungen ist, müssen bei diesem Punkt der Verhandlungen außer Betracht bleiben, da mein Referat sich nur mit Frachten und Verkehrsfragen beschäftigen soll. Soweit eine Ersatzbeschaffung möglich war, müssen nach den neuen Absatzgebieten und Bezugsquellen im allgemeinen erheblich weitere Transportwege zurückgelegt werden, als dieses in der Vorkriegszeit nötig war.

Hierbei fällt besonders schwer ins Gewicht, daß der polnische Korridor mit einer Länge von 310 Kilometern auf der Linie Dt.-Eylau—Bentschen als tote Strecke durchfahren werden muß. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß wir den Memelstrom und die Weichsel als Transportwege verloren haben. Bezüglich des Memelstroms will ich nur daran erinnern, daß dieser alte, brave Lastenträger in der Vorkriegszeit alljährlich auf seinem Rücken rund 2 Millionen Festmeter Rundholz in Form von Triften aus Rußland nach Ostpreußen brachte, ohne hierfür überhaupt einen nennenswerten Lohn in Anspruch zu nehmen. Bezüglich der Weichsel muß darauf hingewiesen werden, daß wir nicht nur diesen Fluß allein, sondern auch die Brahe nebst Bromberger Kanal und damit den Anschluß an die Oder und das ganze Netz der übrigen deutschen Binnenwasserstraßen verloren haben. Die zahlreichen Massengüter, die in der Vorkriegszeit verhältnismäßig billig auf dem Wasserwege transportiert wurden, müssen nunmehr den Schienenweg wählen, der ja bekanntlich besonders auf nahe Entfernungen wesentlich teurer als der Wasserweg ist. Dies gilt insbesondere auch für Holz, trotz

aller Ausnahmetarife, die gerade für diese Warengattung geschaffen worden sind.

Will man den Schaden, welchen die ostpreussische Wirtschaft durch diese frachtliche Mehrbelastung erlitten hat, zahlenmäßig zum Ausdruck bringen, so bin ich mir naturgemäß der Schwierigkeiten bewusst, denen ein solches Unterfangen begegnet. Sie bestehen einmal darin, daß der Gebietsumfang von Ostpreußen, aber auch der von Rußland und anderen in Betracht kommenden Ländern im Jahre 1913 ein ganz anderer war, als sie es heute sind. Man kann daher die unter diesen Rubriken einer Statistik angegebenen Zahlen von heute und von damals nicht ohne weiteres einander gegenüberstellen. Es wäre ferner notwendig, bei jeder für Ostpreußen in Betracht kommenden Ware genau die Herkunft und den Verbleib im Jahre 1913 und im Jahre 1926 festzustellen, um so durch eine Gegenüberstellung beider Jahrgänge ein wirklich getreues Bild von der Verschiebung der Bezugs- und Absatzbedingungen zu erhalten.

Bei genauer Betrachtung erweist sich jedoch, daß diese Schwierigkeiten in Wirklichkeit geringer sind, als es auf den ersten Augenblick erscheint. Die heutigen Statistiken über Güterbewegung auf den Eisenbahnen führen nämlich einen Verkehrsbezirk unter der Bezeichnung „Rußland und die Randstaaten“ und einen zweiten Bezirk unter der Bezeichnung „Polen“ auf. Die für beide Verkehrsbezirke zusammen gebrachten Zahlenangaben entsprechen ungefähr den Angaben für das frühere Rußland. Ebenso kennen die Handelskammern aus dem Ergebnis der kürzlich für den Enqueteausschuß angestellten Ermittlungen im großen und ganzen die Verschiebungen, welche infolge des Versailler Diktats in den Bezugs- und Absatzbedingungen unserer Provinz eingetreten sind.

Wir wissen, daß Handel und Industrie sich vielfach in Sachsen, Westfalen, der Rheinprovinz und in dem übrigen Westen und Süden Deutschlands Ersatz für die Abtretungsgebiete haben schaffen müssen. Einen mündlichen Vortrag darf man bekanntlich nicht mit vielem Zahlenmaterial belasten; jedoch scheint es mir erforderlich, daß ich aus einer Statistik, in welcher die Handelskammer Königsberg den ostpreussischen Güteraustausch mit den übrigen Verkehrsbezirken Deutschlands im Jahre 1913 und im Jahre 1925 gegenübergestellt hat, wenigstens fünf bis sechs Beispiele herausgreife. Hiernach ergibt sich folgendes Bild:

Der bahnwärtige Versand und Empfang Ostpreußens (einschließlich Häfen) betrug in 1000 t nach bzw. von folgenden Verkehrsbezirken:

	1913	1925
Posen und Westpreußen	814	89
dagegen		
Brandenburg (einschl. Berlin)	216	411
Magdeburg, Merseburg, Thüringen	142	281
Königreich Sachsen	72	96
Ruhrgebiet, Westfalen	67	157
Rheinprovinz	24	54
Bayern	20	35

Auf Erfordern bin ich gern bereit, diese Statistik schriftlich noch beliebig zu vervollständigen.

Aus einem Bericht der Landwirtschaftskammer für das Jahr 1913 geht hervor, daß nicht weniger als 191 000 Stück Vieh nach dem Gebiete des jetzigen polnischen Korridors gegangen sind. Bekanntlich waren die Brennereiwirtschaften dieses Gebiets Großabnehmer für ostpreussisches Magervieh, um ihre Schlemperrückstände zu verwerten. Herr Dr. Rothe, Tollmingkehmen, und andere Vertreter der Landwirtschaftskammer haben uns mehrfach erklärt, daß sie nunmehr ihr Vieh nur zum Teil nach Berlin und Mitteldeutschland, zum anderen Teil aber nach Mannheim, Stuttgart und dem übrigen West-Deutschland verladen, um so diesen Wirtschaftszweig wenigstens einigermaßen rentabel zu gestalten. Ein mündlicher Vortrag ist wenig dazu geeignet, alle 71 Gruppen unserer „Statistik über Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen“ einzeln durchzugehen und die betreffenden Ziffern des Jahres 1913 denen des Jahres 1926 gegenüberzustellen. Soweit dieses für erforderlich erachtet wird, könnte es schriftlich nachgeholt werden. Die angeführten Beispiele genügen jedoch m. E. bereits, um festzustellen, daß keine Bedenken dagegen bestehen, denselben Weg einzuschlagen, den Kollege Schauen in seiner anfangs dieses Jahres im Auftrage der Verbands-Handelskammern herausgegebenen Denkschrift eingeschlagen hat, indem er bei dem gesamten ostpreussischen Güterverkehr aus den angeführten Gründen eine durchschnittliche Verlängerung des Transportweges um etwa 600 bis 700 Kilometer berechnet. Folgt man der Denkschrift in dieser Beziehung, so ist allein der jährliche Frachentribut infolge des Verlustes der Bezugs- und Absatzgebiete in Posen und Westpreußen auf jährlich 19 Millionen Mark zu veranschlagen. Für das Memelland fehlen entsprechende Unterlagen, da die Statistik im Jahre 1913 nicht mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß dieses Gebiet einmal vom ostpreussischen und deutschen Wirtschaftskörper abgetrennt werden würde. Der Verkehr zwischen Ostpreußen und Rußland weist im Jahre 1926 ein Minus von rund 500 000 t gegenüber dem Jahre 1913 auf. Man wird jedenfalls m. E. eher zu tief als zu hoch greifen, wenn man die jährliche Mehrbelastung an Frachten infolge Zerreißung der Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und dem Memelgebiet auf weitere 15 bis 16 Millionen Mark jährlich beziffert, so daß im ganzen für Ostpreußen ein jährlicher Frachentribut infolge des Versailleser Diktats von etwa 35 Millionen Mark heraustritt.

Die Richtigkeit dieses Rechenexempels wird dadurch bestätigt, daß wir auf einem anderen Wege zu demselben Resultat gelangen. Läßt man nämlich die Verschiebung in den Absatz- und Bezugsbedingungen außer Betracht und berücksichtigt nur die Mehrkosten des Transports durch den polnischen Korridor, so ergibt sich folgendes Bild: Nach den Zahlen, die mir die Königsberger Reichsbahndirektion gegeben hat, betrug der gesamte Güteraustausch zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschen Reich im Jahre 1926: 3 097 203 t. In dieser Zahl ist der Verkehr der ostpreussischen Häfen mit 740 000 t mitenthalten. Diese Gütermenge

müssen wir von der vorhin genannten Zahl in Abzug bringen, da es uns ja nur auf den Verkehr ankommt, der durch den polnischen Korridor gegangen ist. Es bleiben demnach 2 350 000 t übrig. Die Entfernung, die im polnischen Korridor als tote Strecke zurückgelegt werden muß, mißt auf der Linie Dt.-Eylau—Bentschen 310 Kilometer und auf der Strecke Marienburg—König 115 Kilometer, so daß man wohl den Durchschnitt auf 200 Kilometer beziffern kann. Nimmt man die Frachten nicht für die teuerste Güterklasse A, auch nicht für die billigste Güterklasse F, sondern für die mittlere Güterklasse D, so ergibt sich für das vorhin angegebene Gewicht und für die ersten 200 Kilometer unseres Staffeltarifs eine Fracht von rund 30 Millionen Mark. Hierbei ist der Tierverkehr noch nicht berücksichtigt, der im Jahre 1926 zwischen Ostpreußen und dem Reich rund 280 000 Stück Großvieh, 650 000 Stück Kleinvieh und 84 000 Stück Geflügel betragen hat, so daß man auch auf diesem Wege bei Berechnung der nutzlosen Fracht für den polnischen Korridor auf rund 35 Millionen Mark kommt. Mit weiteren Rechenexemplen will ich Ihre Geduld heute nicht in Anspruch nehmen, erkläre mich jedoch nötigenfalls zur Beibringung weiterer, schriftlicher Unterlagen gern bereit. Für die heutige Tagung bitte ich als bewiesen anzusehen, daß die ostpreußische Wirtschaft infolge des Versailler Diktats einen jährlichen Frachtentribut von 30 bis 35 Millionen Mark aufzubringen hat.

Wenn man sich die Frage vorlegt, auf welche Weise diese Mehrbelastung von der ostpreußischen Wirtschaft genommen werden kann, so muß zunächst festgestellt werden, daß zwischen den drei für eine derartige Aktion in Betracht kommenden Stellen, nämlich Reich, Preußen und Deutscher Reichsbahngesellschaft ein ganz eigenartiger Wettstreit besteht, um immer dem anderen bei der Leistung eines etwaigen Schadenersatzes den Vorrang zu lassen. Aus zahlreichen Erklärungen von Vertretern auch der übrigen deutschen Wirtschaft (ich erinnere nur an die große Tagung in Düsseldorf in vergangener Woche), ferner aus Kundgebungen seitens der Reichs- und Staatsregierung sowie seitens der Parlamente und ihrer zuständigen Ausschüsse geht mit genügender Klarheit hervor, daß allmählich in ganz Deutschland die Erkenntnis durchdringt, daß für Ostpreußen etwas auf diesem Gebiete geschehen muß. Die praktische Nutzenanwendung von dieser richtigen Erkenntnis ist jedoch bisher nicht gezogen worden.

Man erwartet in erster Linie von der Reichsbahn, die an dem ganzen Fragenkomplex und an den aus Ostpreußen aufkommenden Einnahmen am unmittelbarsten beteiligt ist, daß sie mit Frachtenachlässen und sonstigen Sondervergünstigungen für Ostpreußen helfend eingreifen werde. Die Reichsbahn wiederum weist darauf hin, daß ihr durch Reparationslasten und andere Verpflichtungen bestimmte Schranken gezogen seien, über die sie selbst bei größter Begehrigkeit nicht hinausgehen könne. Im übrigen meint die Reichsbahn durch Erstellung besonderer Ausnahmetarife für Ostpreußen schon alles getan zu haben, was in ihren Kräften steht.

Um zunächst mit ein paar Worten bei den **Ausnahmetarifen** zu verweilen, so müssen die Erleichterungen, welche die Reichsbahn dadurch gewissen Branchen im Verhältnis zu den Normaltarifen gewährt hat, dankbar anerkannt werden; und es wäre meiner Meinung nach nichts verfehlter, als wenn man durch Mangel an schuldiger Anerkennung der Reichsbahn die Luft nehmen wollte, auf diesem Wege auch in Zukunft weiter helfend vorzugehen. Insbesondere bei den verschiedenen Arten von Holz, Eisen, Stahl, Getreide und Mühlenerzeugnissen kann nicht geleugnet werden, daß hier gegenüber den Normaltarifen eine merkliche Frachtsenkung stattgefunden hat. Wenn man aber die Frage so stellt, ob der ganzen ostpreussischen Wirtschaft durch weiteren Ausbau der Ausnahmetarife wirksam geholfen werden kann, und ob insbesondere die Ausnahmetarife zum Ausgleich der Schäden geeignet sind, welche das Versailler Diktat dem ostpreussischen Wirtschaftsleben geschlagen hat, so wird sich wohl unter den maßgebenden Wirtschaftsvertretern leicht eine überwiegende Mehrheit finden, welche diese Frage unbedingt verneint. Nimmt man die Ostpreußen-Ausnahmetarife von diesem Standpunkt aus kritisch unter die Lupe, so bleiben von der großen stolzen Zahl von 30 oder 31 nur 5 bis 6 übrig, die wirklich als Erleichterungen für die durch das Versailler Diktat uns geschlagenen Schäden anerkannt werden müssen. Die übrigen sind entweder Wettbewerbstarife, die nicht in erster Linie im Interesse der Wirtschaft, sondern im Interesse der Deutschen Reichsbahn selbst geschaffen worden sind, um zu verhindern, daß die in Betracht kommenden Güter auf ausländischen Bahnen um Ostpreußen und Deutschland herumgeführt werden. Oder es handelt sich um solche Ausnahmetarife, die in irgend einer Form auch bereits in der Vorkriegszeit bestanden haben (ich erwähne nur die Ostbahnstaffel für Holz und Getreide), oder endlich um solche Tarife, deren wirtschaftlicher Nutzen in keiner Weise zu Buch schlägt, wie z. B. die Tarife für Zuckerrüben, Fische der verschiedenen Art u. a. m.

Die Forderung muß daher m. E. dahin lauten, daß auf dem Gebiete der Frachtenverbilligung etwas für die ganze ostpreussische Wirtschaft wirklich Bedeutsames geschieht. Daneben können und sollen die jetzigen Ausnahmetarife mit dem gleichen prozentualen Abschlag wie jetzt zu den dann ermäßigten Normaltarifen bestehen bleiben.

Legt man sich weiter die Frage vor, ob die Reichsbahn dazu in der Lage ist, aus eigenen Mitteln Ostpreußen alljährlich einen Frachtnachlaß von etwa 35 Millionen Mark zu gewähren, so möchte ich für meine Person nach den Geschäftsberichten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für die letzten Jahre diese Frage bejahen. Der Geschäftsbericht für 1926 weist nämlich einen Betriebsüberschuß von 860 Millionen Reichsmark aus. Selbst nach Abzug der Reparationslasten und der für den Dienst der neuen Schuldverschreibungen und Anleihen aufzubringenden Summen, nach recht hohen Zuweisungen zur gesetzlichen Ausgleichsrücklage sowie zu Rückstellungen für Arbeitsbeschaffung und Verlustgefahren bleibt unter Berücksichtigung des Vortrages aus dem Jahre 1925 immer

noch ein Reingewinn von 167 Millionen Mark übrig, für den kein anderer Verwendungszweck ausfindig gemacht werden konnte, als daß man ihn auf die neue Rechnung für das Jahr 1927 als Gewinn vortrug. Der fünfte Teil hiervon würde genügen, um Ostpreußens Wirtschaft eine merkliche Entlastung zu verschaffen. Auch nach dem Bericht für die ersten neun Monate des laufenden Jahres muß man die Leistungsfähigkeit der Reichsbahn bejahen, denn nach Abzug aller vorhin bezeichneten Ausgaben bleiben allein aus diesen neun Monaten nicht weniger als 210 Millionen Mark übrig, die man unter der Bezeichnung „zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge Schwankungen des Verkehrs“ zurückgestellt hat.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, daß wir bestimmte Unterlagen dafür besitzen, wonach die Deutsche Reichsbahngesellschaft in den letzten Jahren von den ostpreußischen Verfrachtern für Beförderung der Güter innerhalb des polnischen Korridors höhere Gebühren eingezogen hat, als sie selbst bei der Verrechnung mit Polen an die polnische Staatsbahnverwaltung abzuführen braucht. Unsere Reichsbahn zieht also gegenwärtig für Vermittelung des polnischen Frachtgeschäfts an die ostpreußischen Empfänger und Verlader einen nicht unbedeutenden Gewinn aus der ohnehin schon genug belasteten und bedrückten ostpreußischen Wirtschaft. Ein Verfahren, das wohl von keiner Seite gutgeheißen werden kann.

Zum Beweise dieser letzten Behauptung möchte ich Ihnen eine Stelle aus einem Schreiben der Deutschen Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt a. O. vom 7. d. Mts. vorlesen, in dem es folgendermaßen heißt:

„Nach einer Abrechnung aus dem Jahre 1925 hat sich für die Deutsche Reichsbahn aus der Abrechnung des Ostpreußenverkehrs mit Polen eine bedeutende Einbuße ergeben. Infolge Sinkens des Slotkurses hat sich dieses Verhältnis für die Deutsche Reichsbahn inzwischen günstiger gestaltet, so daß gegenwärtig mit einem Gewinn zu rechnen ist. Mit genauen Zahlenangaben hierüber können wir leider nicht dienen, da hierfür eine Gegenüberstellung der Abrechnung nach jezigem Verfahren gegenüber einer Abrechnung mit Zuschreibung durchgerechneter deutscher Frachtanteile an Polen erforderlich sein würde, eine Arbeit, die mehrere Kräfte einige Wochen ausschließlich in Anspruch nehmen würde. Das gegenwärtig für die Deutsche Reichsbahn günstige Verhältnis wird sich aber voraussichtlich nach Neuberausgabe des polnischen Tariffs, der sich in völliger Umarbeitung befindet und wahrscheinlich Erhöhungen bringen wird, wieder zu Ungunsten der Deutschen Reichsbahn verschieben.“

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft leistet auf dem Gebiete der Statistik so Hervorragendes, wie wohl kaum ein zweites Unternehmen in Deutschland. Es ist daher wohl keine übertriebene Forderung, wenn Ostpreußen verlangt, daß die Einnahmen aus dem gesamten Ostpreußen-Verkehr für die Strecke innerhalb des polnischen Korri-

dors von vornherein so klar und übersichtlich verbucht werden, daß jederzeit die Feststellung derjenigen Summe mit Leichtigkeit möglich ist, welche unsere Reichsbahn hierfür einerseits von den ostpreussischen Empfängern und Verladern einnimmt und anderseits an die polnische Staatsbahnverwaltung abführt. Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß bei unserem System der Staffeltarife die Fracht für den polnischen Korridor verschieden ist, je nachdem, ob das betreffende Gut aus Berlin, aus Köln oder aus München kommt. Trotzdem ist m. E. die Erfüllung der oben bezeichneten Forderung verhältnismäßig leicht möglich, wenn die Buchführung der Eisenbahn so eingerichtet wird, daß von vornherein bei allen ostpreussischen Frachten der auf den polnischen Korridor entfallende Anteil besonders berechnet und ausgewiesen wird.

Nach den Erfahrungen, welche wir auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gesammelt haben, halte ich es nicht für sehr wahrscheinlich, daß die Reichsbahn-Gesellschaft ihre Reserviertheit in finanziellen Fragen aufgeben wird. Ich möchte nur daran erinnern, daß noch in allerletzter Zeit die Gewährung eines Ausnahmetarifs für Heu und Stroh seitens der Verwaltung abgelehnt ist, obwohl sich die ständige Tarifkommission und der Ausschuß der Verkehrsinteressenten dafür ausgesprochen hatten und obwohl dieser Ausnahmetarif der Reichsbahn nach überschläglicher Berechnung höchstens einen Einnahmeausfall von $1\frac{1}{2}$ Millionen gebracht hätte.

Es erscheint mir daher aussichtsreicher, daß wir uns nunmehr mit unseren Bitten und Forderungen an die Reichsregierung wenden und von dieser verlangen, daß aus Reichsmitteln etwa 35 Millionen Mark zur Senkung der ostpreussischen Güterfrachten zur Verfügung gestellt werden. Ob und in welcher Form dann eine Verrechnung zwischen Reich, Preußen und Deutscher Reichsbahn-Gesellschaft stattfindet, können wir wohl der Reichsregierung überlassen.

Nur kurz möchte ich darauf hinweisen, daß m. E. bei einer derartigen Verrechnung die Reichsbahn unbedingt die Überschüsse an das Reich abführen müßte, welche sich für die Reichsbahn aus der Abrechnung des sogenannten Ostpreußen-Verkehrs mit Polen ergeben. Die Art und Weise, wie die Reichsbahn selbst im August dieses Jahres die Forderung auf allgemeine Ermäßigung der Nachfrachten zwar nicht durch Herabsetzung der Streckensätze, wohl aber durch Staffelung und Ermäßigung der Abfertigungsgebühren beantwortet hat, legt den Gedanken nahe, daß in Verfolgung desselben Weges auch für Ostpreußen etwas Besonderes geschehen könnte. Die Abfertigungsgebühren betragen, wenn wir wiederum nicht die teuerste, auch nicht die billigste, sondern die mittlere Güterklasse D unserer Berechnung zugrunde legen, bei Entfernungen über 100 Kilometer für eine Tonne 1,40 Mark, also für 2 350 000 Tonnen 3 290 000 Mark. Rechnet man den Verkehr der ostpreussischen Häfen hinzu, so ergibt sich für einen Gesamtverkehr von rund 3 Millionen Tonnen eine Abfertigungsgebühr von 4 200 000 Mark. Berücksichtigt man weiter den Tierverkehr, so kommen zum mindesten 5 Millionen Mark an Abfertigungsgebühren für den gesamten Ostpreußen-Verkehr heraus.

Beziffert man den Überschuß aus der Frachtenverrechnung mit Polen gleichfalls mit 5 Millionen Mark, so ergibt sich, daß die Reichsbahn aus diesen beiden Gesichtspunkten im ganzen 10 Millionen Mark für die Abbürdung der ostpreussischen Frachtenlast zur Verfügung stellen könnte, so daß dann für das Reich und für Preußen gleichfalls nur noch je 10 Millionen Mark aufzubringen blieben.

Wird eine Summe in der vorhin bezeichneten Höhe zur Verbilligung der Ostpreußen-Frachten seitens des Reichs zur Verfügung gestellt, so erhebt sich weiter die Frage, in welcher Form sie den ostpreussischen Verfrachtern gutgebracht werden soll. Ohne hierfür endgültige Vorschläge machen zu wollen, möchte ich mich doch kurz mit einigen Anregungen auseinandersetzen, die auf diesem Gebiet in letzter Zeit gemacht worden sind.

Da ist an erster Stelle der Vorschlag zu nennen, wonach die Frachten für den Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor außer Ansatz bleiben sollen, so daß frachtlisch gewissermaßen die Westgrenze unserer Provinz an die Ostgrenze des übrigen Deutschen Reiches herangezogen wird. Dieser Vorschlag hat zunächst etwas sehr Bestechendes. Die Schwierigkeiten treten jedoch sofort zutage, wenn man bedenkt, daß die Strecke durch den polnischen Korridor auf der Linie Dt.-Eplau—Bentschen eine Länge von 310 Kilometern, dagegen auf der Linie Marienburg—Konitz nur eine solche von 115 Kilometern aufweist. Daß die Benutzer der Nordlinie anders behandelt werden, als diejenigen der Süblinie, geht nicht gut an. Wollte man bei dem gesamten Ostpreußen-Verkehr die Fracht für 300 Kilometer außer Ansatz lassen, so könnte die Überspizung dieser Forderung vielleicht dazu führen, daß die Reichsbahn Gütertransporte zwischen Elbing und den ersten deutschen Stationen hinter Konitz nicht nur unentgeltlich ausführen, sondern den Verfrachtern noch etwas zuzahlen soll. Wollte man für den ganzen Korridor nur eine Strecke von 100 Tariffkilometern außer Ansatz lassen, so wäre die Frachtoverbilligung naturgemäß wesentlich geringer. Allerdings würde sie unter Zugrundelegung der ersten 100 Kilometer unseres Frachtsatzzeigers für einen 15-Tons-Wagen bei Gütern der Tarifklasse F immerhin noch 55 Mark und bei Gütern der Tarifklasse A sogar 190 Mark ausmachen, eine Erleichterung, die m. E. in dem gesamten Güterverkehr doch merklich zu Buch schlagen müßte. Am zweckmäßigsten erscheint es jedoch, das Mittel zwischen 300 und 100 mit 200 Kilometern zu wählen, wobei dann, wie ich vorhin bereits ausführlich dargelegt habe, für den gesamten Ostpreußen-Verkehr eine jährliche Frachtersenkung von zusammen etwa 30 Millionen Mark herauskommen würde. Es bleibt dabei zu bedenken, daß diese Vergünstigungen nicht nur beim Versand von Ostpreußen aus, sondern auch beim Gütertransport in umgekehrter Richtung Platz greifen würden. Und es müßte daher zunächst ganz genau geprüft werden, ob dadurch nicht z. B. die Wettbewerbsverhältnisse unserer eigenen Industrie in Schlesien und anderen Provinzen zu Gunsten Polens oder anderer Nachbarländer verschoben werden würden. Diesen Bedenken könnte man m. E. dadurch Rechnung tragen, daß man die Entlastung nur dem Güterverkehr zuteil werden läßt, bei dem sowohl

die Empfangs-, als auch die Versand-Station in Deutschland liegt, nicht aber demjenigen Verkehr, bei dem eine der beiden genannten Stationen dem Auslande angehört.

Von anderer Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Entlastung nicht in der Weise eintreten zu lassen, daß einfach eine gewisse Strecke bei der Frachtenberechnung außer Ansatz bleibt, sondern in Form von prozentualen Abschlägen zu den bisherigen Frachten. Mir scheint dieses im wesentlichen nur eine andere Ausdrucksweise desselben Gedankens zu sein, so daß hierdurch insbesondere das letzte Bedenken betreffend Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse nicht ohne weiteres beseitigt werden würde.

Zur Vermeidung aller derartigen Schwierigkeiten ist angeregt worden, die Erleichterungen nur dem ostpreussischen Binnenverkehr, also dem Güterverkehr innerhalb der Provinz zuteil werden zu lassen. Beim Aufstellen dieser Forderung war man sich darüber klar, daß es zunächst eigenartig und in gewissem Sinne unlogisch anmutet, wenn die Schäden, die durch Zwischenschaltung des polnischen Korridors und durch Verlegung der früheren Bezugs- und Absatzgebiete nach weiter entfernten Gegenden entstanden sind, auf einer anderen Stelle repariert werden sollen, daß also der Zusammenhang zwischen Schaden und Schadenersatz in gewissem Sinne fehlt. Ebenso aber herrscht Einstimmigkeit darüber, daß es praktisch einfach unmöglich ist, den Schaden genau an derselben Stelle wieder gut zu machen, an der er eingetreten ist. Die Verfechter dieser Forderung hoffen, daß im großen und ganzen ein gewisser Ausgleich stattfinden würde, auch wenn man die Frachtemäßigung nur dem ostpreussischen Binnenverkehr zugute kommen läßt. Allerdings bleibt hierbei zu berücksichtigen, daß die Landwirtschaft und andere namhafte Gruppen des ostpreussischen Wirtschaftslebens ein wesentlich stärkeres Interesse an der Verbilligung der Frachten von und nach dem übrigen Deutschen Reich, als an einer Verbilligung für den ostpreussischen Binnenverkehr haben. Den Bedürfnissen der ostpreussischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit dürfte daher wohl am besten damit gedient sein, daß Gütertransporte auf nahe und auf weite Entfernungen in gleicher Weise an der erstrebten Frachten-Verbilligung partizipieren.

Ich habe diese letzten Ausführungen hauptsächlich gemacht, um zu zeigen, daß wir uns sehr wohl der Schwierigkeiten bewußt sind, die der Lösung des Problems selbst im günstigsten Falle entgegenstehen, nämlich dann, wenn die Reichsregierung oder eine andere Stelle uns die notwendigen Mittel, die wohl mit 35 Millionen Mark ungefähr richtig beziffert sein dürften, unbedingt und ohne weitere Auflage zur Verfügung stellt. Nach dem Ergebnis einer kürzlich beim Oberpräsidenten stattgehabten Besprechung, an der sämtliche Vertreter des ostpreussischen Wirtschaftslebens beteiligt waren, kann es jedoch m. E. als sicher gelten, daß sich über die Verwendung der Mittel verhältnismäßig leicht eine Einigung erzielen lassen wird, wenn sie uns nur erst zur Verfügung stehen.

Personenverkehr.

Bezüglich des Personenverkehrs möchte ich nur ganz kurz darauf hinweisen, daß in der Vorkriegszeit auf den Strecken über Marienburg und St.-Epslau nach Berlin neun D-Zugpaare, zwei Eilzugpaare und sechs Personenzugpaare verkehrten, während heute nur fünf D-Zugpaare und zwei beschleunigte Personenzugpaare bestehen. An Stelle von 17 Zugverbindungen sind also nur sieben vorhanden. Einer Vermehrung dieser Zugverbindungen ist bekanntlich durch die Bestimmung des Pariser Staatsvertrages ein Riegel vorgeschoben, wonach Polen die Einstellung solcher Züge verlangen kann, die nicht während der ganzen Fahrplanperiode eine Besetzung von mindestens 60 % der vorhandenen Plätze aufweisen. Während in Deutschland im allgemeinen bei D-Zügen eine Inanspruchnahme von mehr als 30 % bereits als wirtschaftlich angesehen wird, verlangt man hier eine doppelt so hohe Frequenzzahl. Wenn auch in Zeiten des gesteigerten Verkehrs die Benutzung der Züge vielfach erheblich besser ist, so läßt sich eine 60 prozentige Inanspruchnahme während der ganzen Fahrplanperiode doch nicht durchführen. Auch in diesem Punkte sind wir gegenüber dem übrigen Deutschen Reich wesentlich schlechter gestellt; ganz abgesehen davon, daß die praktische Durchführung des Personenverkehrs auf drei Durchgangsstrecken beschränkt ist, so daß die ostpreußischen Reisenden zu ihrem Reiseziel vielfach zeitraubende und kostspielige Umwege zurücklegen müssen.

Unter diesen Umständen ist wohl die Forderung gerechtfertigt, daß im ostpreußischen Personenverkehr zum mindesten keine weitere Verschlechterung eintritt, selbst, wenn im übrigen Deutschen Reich Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Auch auf solchen Strecken, die eine verhältnismäßig geringe Frequenz aufweisen, muß zum mindesten der Status quo erhalten bleiben. Einzelwünsche sollen heute hier an dieser Stelle nicht vorgetragen werden, sondern besonderen Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Als Niederschlag meiner Ausführungen zum Zwecke der Kundgebung an die maßgebenden Stellen, insbesondere an die Reichs- und Staatsregierung und an die Reichsbahnhauptverwaltung habe ich die vorgelegte Resolution entworfen, deren Annahme ich hiermit empfehlen möchte.

Entschlieung

zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Die durch den Verlust Posen und Westpreußens sowie des Memellandes für Ostpreußen herbeigeführte völlige Änderung der Bezugs- und Absatzverhältnisse, ferner die Einbuße des Memelstroms und der Weichsel als Transportwege bedeuten für die Provinz Ostpreußen eine frachtlliche Mehrbelastung von jährlich etwa 35 Millionen Mark. Dieser ungeheure jährliche Frachtentribut kann auf die

Dauer von der ostpreussischen Wirtschaft nicht getragen werden. Sofern daher die Reichsbahnverwaltung ihrerseits nicht in der Lage sein sollte, die für die ostpreussische Wirtschaft dringend erforderliche Frachtsenkung vorzunehmen, wird es als die unabweisbare Pflicht des Reiches bzw. des Staates bezeichnet werden müssen, die zur Abfürdung des Ostpreußen auferlegten jährlichen Frachttributs erforderlichen Mittel mit größter Beschleunigung zur Verfügung zu stellen.



Die Steuerbelastung von Ostpreußens Industrie und Handel.

Von
Syndikus Dr. von Rüts, Elbing.

Schwer lastet die Hand des Siegers auf unserem gedemütigten Vaterlande. Bis zur Grenze des Erträglichen, vielleicht darüber hinaus, muß auf Geheiß des Siegers die deutsche Wirtschaft Steuerlasten tragen. Ist es da wohl billig, eine Provinz, die unverschuldet in wirtschaftliche Not geraten ist, und deren wirtschaftliche Erstarkung angesichts der Aufgaben Ostpreußens als deutsches Bollwerk gegen die Slawenflut im Interesse des ganzen deutschen Vaterlandes erforderlich erscheint, mit den gleichen Lasten zu belegen, die sich dazu bei ihr noch schärfer auswirken müssen?

Die Klagen über die ungeheuren Steuerlasten sind ja nicht neu. Auf Einzelheiten brauche ich mich nicht einzulassen. An Hand von Geschäftsvorfällen des Buchprüfungsamtes und der Steuerberatungsstelle meiner Kammer möchte ich Ihnen jedoch an Beispielen kurz die zahlenmäßige Belastung von Industrie und Handel erläutern.

Betrieb I

Einzelhandel, größerer Betrieb nach ostpreußischen Verhältnissen
gemessen mit Grundstüd

Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder.

Aktiven:

1. Grundstüd	70 000,—	
2. Sonstiges	<u>80 000,—</u>	150 000,—

Passiven:

1. Aufwertungshypothek	20 000,—	
2. Sonstiges	<u>10 000,—</u>	30 000,—

Reinvermögen		<u>120 000,—</u>
------------------------	--	------------------

Umsatz		200 000,—
Gewinn ohne Berücksichtigung der Steuern		25 000,—
Personal		10,—

Die Steuerbelastung gestaltet sich wie folgt:

	Bruttoertrag	25 000,—
1. Umsatzsteuer $\frac{3}{4}$ % v. 200 000,—	1 500,—	
2. Grundvermögenssteuer: 2,40 ‰ von 70 000,—	168,—	
3. Städt. Zuschlag zu Nr. 2: 250 %	420,—	
4. Hauszinssteuer	1 932,—	
5. Berufsschulbeiträge: $10 \times 6,40$	64,—	
6. Gewerbekapitalsteuer (Gewerbe- kapital 70 000,—)	1 072,80	5 156,80
	verbleibt	19 843,20
u. 3% Zinsen von 20 000,— Aufwertungshypothek		600,—
	steuerpflichtiger Gewerbeertrag	20 443,20
7. Gewerbeertragssteuer		2 571,—
		19 843,20
		— 2 571,—
	zu versteuerndes Einkommen	17 270,—
8. Einkommensteuer		1 820,50
9. Vermögenssteuer 5 ‰ von 120 000,—		600,—
	Bruttoertrag	25 000,—
Steuerbelastung:		
1—6	5 156,80	
7	2 571,—	
8	1 820,50	
9	600,—	10 148,30
dem Steuerpflichtigen verbleibender Rest		14 851,70

Kirchensteuer, soziale Abgaben und indirekte Steuern sind noch nicht in Abzug gebracht. In einem Maße ungefähr gleicher Größe jenseits des Korridors, von dem die steuerlichen Verhältnisse bekannt sind, hätte sich der dem Steuerpflichtigen nach Abzug der Steuern verbleibende Rest rund 2000 RM. höher gestellt.

Betrieb II

Einzelhandel, kleinerer Betrieb mit Grundstück

Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder.

Aktiven:

1. Grundstück	30 000,—	
2. Sonstiges	25 000,—	55 000,—

Passiven:

1. Aufwertungshypothek	10 000,—	
2. Sonstiges	15 000,—	25 000,—

Reinvermögen	30 000,—
--------------	----------

Umsatz	70 000,—
Gewinn ohne Berücksichtigung der Steuern	7 000,—
Personal	3,—

Die Steuerbelastung gestaltet sich wie folgt:

	Bruttoertrag	7 000,—
1. Umsatzsteuer $\frac{3}{4}$ % v. 70 000,—	525,—	
2. Grundvermögenssteuer: 2,40 ‰ von 30 000,—	72,—	
3. Städt. Zuschlag zu Nr. 2: 250 %	180,—	
4. Hauszinssteuer	828,—	
5. Berufsschulbeiträge $3 \times 6,40$	19,20	
6. Gewerbesteuer (Gewerbe- kapital 10 000,—)	120,—	1 744,20
		<u>5 255,80</u>
u. 3 % Zinsen v. 10 000,—		300,—
steuerpflichtiger Gewerbeertrag		<u>5 555,80</u>
7. Gewerbeertragssteuer	337,50	
		5 255,80
		— 337,50
zu versteuerndes Einkommen		<u>4 918,30</u>
8. Einkommensteuer		319,80
9. Vermögenssteuer 3 ‰ von 30 000		90,—
		<u>7 000,—</u>
Steuerbelastung:		
1—6	1 744,20	
7	337,50	
8	319,80	
9	90,—	2 491,50
dem Steuerpflichtigen verbleibender Rest		<u><u>4 508,50</u></u>

Kirchensteuer, soziale Abgaben und indirekte Steuern sind noch nicht in Abzug gebracht.

Nicht so ungünstig stellt sich das Bild bei Betrieben ohne Grundstücke. Ostpreußen gibt zwar keinen Überschuß an ungelerten und gelernten Arbeitern an das übrige Reich ab, während im Gegensatz dazu die Gewerbetreibenden besonders fehzhaft sind. Gerade die kleinen Betriebe, welche das Gros der Wirtschaft in den kleinen Städten Ostpreußens ausmachen, sind meist im Besitze von Grundstücken. Infolgedessen bedeutet die gegenwärtige Steuergesetzgebung eine besonders scharfe Erfassung gerade der ostpreußischen Wirtschaft.

Jedenfalls aber beweisen die angeführten Beispiele einen außerordentlichen Steuerdruck, der selbst bei sparsamstem Eigenverbrauch die uns nach der Inflation jetzt so notwendige Kapitalbildung unterbindet. Es ist ferner ein offenes Geheimnis, daß trotz großen Umsatzes und guter Beschäftigung ein erheblicher Prozentsatz der Betriebe in Industrie und Handel lediglich die Ankosten deckt oder nur einen geringen Gewinn abwirft. Wieviele Betriebe mögen es daher

in ganz Ostpreußen sein, die derartige Einnahmen überhaupt aufweisen, die in den vorerwähnten Beispielen von der Steuerberatungsstelle meiner Kammer festgestellt sind? Wie sich aber gar die Verhältnisse bei einem Umschwung der Konjunktur gestalten werden, ist noch nicht erkennbar.

Der Druck der Reichs- und Staatssteuern trifft alle Betriebe des Reichs gleichmäßig. Dagegen ist die Belastung durch die kommunalen Steuern, die Zuschläge zur Gewerbesteuer und Grundvermögenssteuer verschieden.

Um die verschiedene Höhe der Realsteuer-Belastung der Kommunen nachzuweisen, werden vielfach die Steuerzuschläge gegenübergestellt. Meine Herren, eine derartige Gegenüberstellung ergibt kein klares Bild. Beispielsweise erhebt eine Stadt 700 % Gewerbesteuer-Zuschlag und 200 % Grundvermögenssteuer-Zuschlag, während eine andere nur 600 % Gewerbesteuer-Zuschlag und 250 % Grundvermögenssteuer-Zuschlag erhebt. Man sieht die Gemeinde mit 700 % Gewerbesteuer-Zuschlag als höher belastet an, als diejenige mit 600 % Gewerbesteuer-Zuschlag, während vielleicht die letztere einen höheren Steuerdruck erzeugt infolge des höheren Grundvermögenssteuer-Zuschlages. Ich habe mich inselgedessen bemüht, von möglichst vielen Städten in Preußen das Gewerbesteueraufkommen und das Grundvermögenssteueraufkommen für 1926 zu beschaffen, und die Summe dieses Aufkommens durch die Einwohnerzahl dividiert, um auf diese Weise eine Kopfbelastung durch Realsteuerzuschläge der Städte zu ermitteln. Mein Bemühen in die Tat umzusetzen, war nicht so ganz einfach, weil die Städte auf Anweisung des Deutschen Städtetages mit ihren Angaben zurückhalten, und zwar insbesondere den Industrie- und Handelskammern gegenüber. Denn infolge des Anhörungsrechts der Industrie- und Handelskammern sehen die Städte in den Kammern sehr unbequeme Kritiker. Trotzdem steht mir heute doch noch eine Statistik von 236 Städten für das Jahr 1926 zur Verfügung. Ich möchte gleich bemerken, daß ich den Wert dieser Statistik trotz der außerordentlichen Arbeit, die in ihr steckt, nicht allzu hoch veranschlagen kann und deshalb Folgerungen aus ihr nur mit Vorsicht ziehen kann, da beispielsweise die Mitteilung über manche Städte, die ich von zwei verschiedenen Quellen bekam, mitunter abwich. Auch muß berücksichtigt werden, daß ein hohes Soll des Haushaltsplanes, auf den ich meist zurückgegriffen habe, sich in der Praxis nicht so stark auswirkte, weil die Stadt später Steuerermäßigungen oder in hohem Umfange Stundungen gewährte oder von der Erhebung der Berufs- schulbeiträge absah und diese durch die Gewerbesteuererträge deckte. Jedensfalls müssen die Ergebnisse meiner Statistik, die sich übrigens auch auf eine ganze Reihe anderer Fragen bezogen hat, außer denen des Aufkommens an Realsteuern nur vorsichtig aufgenommen werden.

Ich kann auch ferner nicht die Durchschnittskopfbelastung an Realsteuern in ganz Preußen Ostpreußen gegenübersehen, weil Gebiete mit hoher industrieller Entwicklung ganz andere Einkommen zeitigen und Vermögen zur Verfügung haben, als rein agrarische Provinzen.

Es ist mir aber gelungen, das Realsteueraufkommen aller 24 Städte der Grenzmark Posen-Westpreußen zu ermitteln. Die wirtschaftliche

Struktur der Grenzmark aber ist ähnlich der ostpreußischen. Aus Ostpreußen stehen mir leider nur die entsprechenden Zahlen von 27 Städten zur Verfügung. Es fehlen insbesondere die Zahlen aus dem Allensteiner Bezirk. Ich bedauere das lebhaft! Denn gerade Süd-Ostpreußen hat immer über besonders hohen Realsteuerdruck der Gemeinden geklagt. Obwohl mir gerade der Allensteiner Bezirk fehlt, spricht ein Vergleich der 27 ostpreußischen Städte mit den 24 Städten der Grenzmark für eine stärkere Belastung Ostpreußens. In Ostpreußen entfallen nämlich auf den Kopf der Bevölkerung an städtischen Realsteuern 16,55 RM., während auf die Grenzmark nur 13,15 RM. kommen. Die niedrigsten Kopfbelastungen von Städten der Grenzmark belaufen sich auf 5,55 RM. (Tirschtiegel), 6,75 RM. (Landed), 7,15 RM. (Balzenburg) und 8,80 RM. (Hammerstein). Demgegenüber weisen die niedrigsten Kopfbelastungen in Ostpreußen Bischofswerder mit 11,20 RM. und Tolkemit mit 11,30 RM. auf.

Also ausgerechnet zwei Städte, die sich anerkanntermaßen in einer wirtschaftlich schwierigen, vielleicht der schwierigsten Lage Ostpreußens befinden. Bischofswerder ist durch den Friedensvertrag auf drei Seiten von seinem Hinterlande entblößt und hatte seit Inkrafttreten des Versailler Diktats bis vor zwei Jahren nicht einmal Bahnverbindung. In Tolkemit ist die Steuererschraube anerkanntermaßen bis zum äußersten angespannt. Der Haushaltsplan ist kaum im Gleichgewicht zu halten. Der Kreis hat sich bereits veranlaßt gesehen, der Stadt die Kreissteuern zu erlassen. Die Beobachtung mit Bischofswerder und Tolkemit beweist nicht etwa, daß die Kopfbelastung überhaupt kein Maßstab für die Höhe der Realsteuerbelastung geben kann, sondern daß der Druck der Realsteuerbelastung von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen abhängig ist, oder anders ausgedrückt, daß dort, wo große Einkommen und Vermögen vorhanden sind, die Städte die Steuererschrauben höher anziehen dürfen als in armen Gegenden und Gegenden mit geringem Einkommen.

Ein Vergleich mit dem Reich aber zeigt, daß Industrie und Handel Ostpreußens sich in außerordentlich ungünstigen Einkommens- und auch Vermögensverhältnissen befinden. Das Februar-Heft der Zeitschrift von Wirtschaft und Statistik veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse der Einkommen- und Körperschaftssteuer-Veranlagung für 1925. Eine neuere Statistik habe ich leider nicht ermitteln können. Die steuerbefreiten natürlichen Personen, deren Jahreseinkommen unter 1100 RM. bleibt, sind in dieser Übersicht nicht enthalten. Die Einkünfte stellen daher zwar nicht das gesamte volkswirtschaftliche Einkommen der natürlichen Personen dar, sondern nur das für die Besteuerung ermittelte Einkommen. Immerhin ist der Vergleichsmaßstab gegeben. Danach hatte im Jahre 1925 im Deutschen Reich ein Gewerbebetrieb im Durchschnitt ein Einkommen von 3095 RM., im Landesfinanzamtsbezirk Königsberg dagegen nur 2341 RM. Das Einkommen ostpreußischer Betriebe von Handel und Gewerbe war also im Durchschnitt fast ein Viertel niedriger als im Durchschnitt im Reich. Der Landesfinanzamtsbezirk Königsberg war aber auch — und das ist besonders bedeutsam — derjenige, der

das niedrigste Durchschnittseinkommen des Steuerpflichtigen aufweist.

Die Statistik der Körperschaftssteuer-Veranlagung spricht noch stärker zu Ungunsten von Ostpreußen. Im Durchschnitt hatte eine juristische Person im Reich 1925 ein Einkommen von 52 955 RM., in Ostpreußen dagegen nicht einmal die Hälfte, nämlich 24 177 RM. Auch hier steht der Landesfinanzamtsbezirk Königsberg an unterster Stelle.

Die Feststellung für die Körperschaftssteuer-Veranlagung hat auf mich nicht einen so durchschlagenden Eindruck gemacht, wie das Zurückbleiben der Einkommensverhältnisse der natürlichen Personen in Ostpreußen. Denn es fehlt unter den juristischen Personen in Ostpreußen infolge seiner anders gearteten wirtschaftlichen Struktur an großen Betrieben, die gerade die hohen Einkommen zeitigen.

Das Landesfinanzamt Königsberg hat mir gütiger Weise für 1926/27 das Aufkommen an Steuern im Reich und in Ostpreußen zugänglich gemacht. Auch diese Zahlen beweisen, wieviel ungünstiger die Einkommensverhältnisse in Ostpreußen liegen als im Durchschnitt des Reichs. Aus den Steuerzahlen für 1926/27 konnte ich errechnen, daß auf den Kopf der Bevölkerung im Reich an Lohnabzug 17,55 RM., in Ostpreußen dagegen nur 6,80 RM., an sonstiger Einkommensteuer im Reich 17,05 RM., in Ostpreußen dagegen nur 5,03 RM. aufgebracht worden sind. Danach müssen — auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet — die Einkünfte in Ostpreußen nur ein Drittel so hoch sein wie im Reich.

Naturgemäß sind die Zahlen für die Körperschaftssteuer geradezu katastrophal für Ostpreußen. Während im Reich auf den Kopf der Bevölkerung 6,11 RM. entfallen, sind es in Ostpreußen nur 0,92 RM.

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, liegen also die Einkommensverhältnisse in Ostpreußen noch ungünstiger, als wenn man die Lasten auf die Steuerpflichtigen umlegt. Es ist nicht anzunehmen, daß Ostpreußen in größerem Umfange als das übrige Reich Personen ohne Einkommen mit durchschleppt. Die Erklärung findet sich vielmehr in der Tatsache, daß in größerem Umfange als sonst im Reich Personen vorhanden sind, deren Einnahme noch in die steuerfreie Einkommensgrenze fällt.

An Umsatzsteuer brachte — auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet — das Reich 13,86 RM., Ostpreußen jedoch nur 6,62 auf. Es blieb also der Umsatz, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, um die Hälfte hinter dem Durchschnitt des Reiches zurück.

Auch ein Vergleich der Vermögensverhältnisse Ostpreußens beweist seine geringere Leistungsfähigkeit auf steuerlichem Gebiet. Das statistische Jahrbuch für den Freistaat Preußen für 1927 enthält die Ergebnisse der Reichsvermögenssteuer-Veranlagung für das Kalenderjahr 1924 nach dem Stande vom 31. Dezember 1923. Aus den im Jahrbuch veröffentlichten Zahlen habe ich berechnet, daß sich das gewerbliche Betriebsvermögen auf den Kopf der Bevölkerung in ganz Preußen im Durchschnitt auf 865 RM., in Ostpreußen dagegen auf nur 285 RM. belief. Der ostpreußische Durchschnitts-Gewerbetreibende ist also nur ein Drittel so wohlhabend, als der Durchschnitts-

Gewerbetreibende in ganz Preußen. Allerdings gibt es in Preußen Gebiete, deren gewerbliches Durchschnittsvermögen noch geringer ist als in Ostpreußen. Das besagt aber nicht etwa, daß andere Landes- teile ungünstiger als Ostpreußen gestellt sind. Ostpreußen zehrt viel- mehr von dem Vermögen, das es sich in jahrzehntelanger Friedens- arbeit erarbeitet hat. Sein Einkommen aber hat infolge der schwie- rigen Lage, in die es unverschuldet durch den Versailler Vertrag geraten ist, erheblich nachgelassen.

An dem Beispiel von Bischofswerder und Tolkmitt, das trotz niedrigster Kopfbelastung mit kommunalen Realsteuern unter einem unerträglichen Steuerdruck leidet, ersieht man, wie ich ausgeführt habe, daß Gegenden mit niedrigeren Einkünften und Vermögen keinen ebenso hohen Steuerdruck wie andere vertragen. Die Grenze des Möglichen in der Steuerbelastung ist also in ärmeren Gegenden viel eher gegeben. Wenn für das Reich im allgemeinen bereits festgestellt wird, daß der Steuerdruck die Grenze des Erträglichen erreicht hat, so muß eine Provinz, deren Einnahme- und schließlich auch Vermögens-Verhält- nisse derartig ungünstiger sind als im Durchschnitt des Reichs, außer- stande sein, den geforderten Steuerdruck auszuhalten.

Für die Gewerbebetriebe ist endlich auch der Preis von Gas, elektrischem Licht und Strom von Bedeutung. Niedrige Kommunalsteuerzuschläge können durch hohe Strom- und Lichtpreise ausgeglichen werden. Die entfernte Lage Ostpreußens von den Kohlenproduktionsstätten läßt höhere Gas- und Elektrizitätspreise er- warten. Und diese Vermutung stimmt auch.

Mit sind die Gaspreise von 280 Städten im Reich und von 36 Städten in Ostpreußen nach dem Stande vom 1. Juli 1927 bekannt. Auf Grund dieser Unterlagen stellt sich der Kubimeter Gas durch- schnittlich im Reich auf 20 Pfg. und in Ostpreußen auf 23 Pfg.

Eine Gegenüberstellung von 480 Städten im Reich und 36 Städten in Ostpreußen ergibt einen Durchschnittspreis für elektrisches Licht im Reich von 45 Pfg. und in Ostpreußen von 51 Pfg., und von Kraftstrom im Reich von 19 Pfg. und in Ostpreußen von 30 Pfg. pro Kilowattstunde nach dem Stande von Oktober dieses Jahres.

Ist Ostpreußen schon infolge seiner geringeren Vermögens- und vor allem seiner geringeren Einkommens-Verhältnisse nicht in der Lage, dem Steuerdruck aus Feindeshand standzuhalten, so ist weiter auch zu berücksichtigen, daß Konjunkturschwankungen sich in Ostpreußen jetzt schwerer fühlbar machen als im Reich, während sonst rein agrarische Gebiete eine größere wirtschaftliche Stetigkeit aufzu- weisen pflegen. Der Herr Oberpräsident, Herr Ministerialrat Ejö- berg, Herr Präsident Laaser und Herr Dr. Skibbe haben sich darüber eingehend bereits ausgelassen. Ich möchte in Ergänzung der Aus- führungen meiner Herren Vorredner als Beweis für ihre Richtigkeit auf die Ergebnisse hinweisen, die eine Gegenüberstellung der gerichtlich behandelten Zahlungseinstellungen (Konkurse und Geschäftsaufsichten) in dem Deflationsjahr 1925 zeitigt. Nach der schon einmal erwähnten Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind im Jahre 1925 im Deutschen Reich 11 184 Konkurse eröffnet und 5908 Geschäftsaufsichten ange- ordnet worden. Insgesamt waren also 1925 im Reich 17 092 gericht-

lich behandelte Zahlungseinstellungen vorhanden. Nach den Veröffentlichungen in der Ost- und Westpreussischen Wirtschaftszeitung sind in Ostpreußen im Jahre 1925 439 Konkurse eröffnet und 120 Geschäftsaufsichten angeordnet worden. Insgesamt sind also in Ostpreußen 559 Zahlungseinstellungen gerichtlich behandelt worden. Wenn man berücksichtigt, daß nach der Zählung vom 12. Juni 1907 (Statistisches Jahrbuch 1924/25, Seite 13) im Reich in seinem jetzigen Umfange 13 680 818 Erwerbstätige, in Ostpreußen in seinem jetzigen Umfange 282 082 Erwerbstätige vorhanden sind, so ist im Jahre 1925 im Reich von je 796 in Industrie, Handel und Verkehr erwerbstätigen Personen, in Ostpreußen bereits von je 505 eine von den Zahlungseinstellungen betroffen worden. Auf diese größere Empfindlichkeit des Wirtschaftslebens muß m. E. gleichfalls der Steuerdruck Rücksicht nehmen.

Es ist mir klar, daß eine Sonderbehandlung Ostpreußens durch Reichssteuern nicht möglich ist. Wohl aber kann eine Einschränkung der variablen Steuern, welche die Kommunen auferlegen, erfolgen. Leider aber werden die Realsteuerzuschläge der Kommunen im Laufe der Jahre immer höher. Gegenüber 1926 weist eine große Zahl von ostpreussischen Städten eine Erhöhung 1927 auf. Und doch ist gerade eine Erhöhung der Anteile an Reichssteuern an die Länder und Kommunen erfolgt lediglich zu dem Zwecke, um eine Senkung der Realsteuerzuschläge herbeizuführen. Der § 4a des Reichsfinanzausgleichsgesetzes vom 9. April 1927 legte den Ländern die Pflicht auf, die Realsteuern um dasjenige zu senken, was sie an Überweisungen über 4,2 Milliarden hinaus erhalten; auch im vorläufigen Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes wurde eine Senkung aller Realsteuern um 20 % gegenüber 1926 als notwendig bezeichnet. Die Besoldungsreform und mehr oder minder wichtige kommunalpolitische Aufgaben aber veranlassen die Städte, mit Nachtragsforderungen hervorzutreten und die Steuerzuschläge gegenüber dem Voranschlag zu erhöhen. Derartigen Forderungen muß m. E. ganz entschieden entgegengetreten werden. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß die Ausgaben der Kommunen gerade im letzten Jahr stark gewachsen sind. Ich erinnere nur daran, daß die Stadt Insterburg ihre Schulausgaben von 547 000 RM. im Jahre 1926 auf 627 000 RM. erhöhen mußte. Abgesehen davon, daß derartige Ausgaben für Schulzwecke für eine Stadt von rund 40 000 Einwohnern recht erheblich ist, ist noch ein besonderer Zuschuß von 140 000 RM. für die Berufsschulen und die Handelsschulen vorgesehen.

Wenn also eine Senkung der Realsteuerzuschläge nicht zu erzielen sein wird, so muß doch mindestens dafür gesorgt werden, daß eine Erhöhung der Realsteuerzuschläge nicht eintritt. Um den Gemeinden die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, müssen daher die Anteile an Reichssteuern, die den ostpreussischen Städten überwiesen werden, eine wesentliche Erhöhung erfahren. Dieses Benefizium darf jedoch nur solchen Städten zuteil werden, die ihre Steuerzuschläge nicht weiter erhöhen. Durch diese oder eine noch näher festzulegende Bedingung ist die durchaus notwendige Einschränkung in den Ausgaben der Kommunen zu er-

zielen. Es muß jedenfalls dahin gewirkt werden, daß die Erhöhung der Anteile an Reichssteuern der Wirtschaft zugute kommt.

Gerade die Realsteuerzuschläge sind es, welche dem einzelnen Gewerbetreibenden den Steuerdruck so unerträglich erscheinen lassen. Bei ihnen muß daher der Hebel angelegt werden.

Eine Belastung, die Industrie und Handel vor dem Kriege nicht gekannt haben, sind die Berufsschulbeiträge. In der Vorkriegszeit aber tat Preußen für das Fortbildungsschulwesen in den politisch gefährdeten Gebieten etwas ganz Besonderes. Während der Staat sich sonst nur mit einem Drittel an den Ausgaben der Fortbildungsschulen beteiligte, übernahm er in Westpreußen und Posen zwei Drittel der Ausgaben, unter gewissen Umständen sogar noch mehr. Ostpreußen hat heute die gleichen Ausgaben wie seinerzeit vor dem Kriege Westpreußen und Posen. Es ist gleichfalls das Bollwerk gegen das vordringende Slawentum. Es ist daher gerechtfertigt, wenn der Staatszuschuß für die Berufsschulen in Ostpreußen erhöht wird. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß trotz hoher Berufsschulbeiträge in Ostpreußen das Berufsschulwesen sich noch nicht so weit entwickelt hat wie in den übrigen preussischen Provinzen. Wenn die Provinz Ostpreußen gefördert werden soll, so ist es gerechtfertigt, daß der Zuschuß, welchen der Staat nach der Kopfszahl der Schulpflichtigen leistet, für die ostpreussischen Gemeinden hinaufgesetzt wird. Nach der Verordnung vom 30. August d. Js. gewährt der Staat einen Mindestzuschuß von 20 RM. für jeden Schulpflichtigen, von dem jedoch allerlei Abzüge erfolgen. Wird dieser Zuschuß um 10 bis 20 RM. erhöht, so erfährt Ostpreußen damit eine Unterstützung seines kaufmännischen und gewerblichen Bildungswesens, dessen es zur Entwicklung der Provinz zweifellos bedarf.

Aber auch für die Berufsschulen besteht die Gefahr, daß trotz erhöhten Staatszuschusses die Berufsschulbeiträge, welche die Wirtschaft ausbringen muß, erhöht werden. Die Vertreter der Wirtschaft in den einzelnen Städten haben oft gegen ein übermäßiges Hinaufsetzen der Berufsschulbeiträge anzukämpfen. Deshalb sollen m. E. nur diejenigen ostpreussischen Berufsschulen den erhöhten Staatszuschuß erhalten, deren Vorstände mit den vorhandenen Mitteln haushalten und nicht die Berufsschulbeiträge erhöhen.



Die Kreditverhältnisse in Ostpreußen.

Von

Syndikus Dr. Skibbe, Allenstein.

Ich darf einige Feststellungen über Besonderheiten unseres Kreditbedarfs vorausschicken: Daß unsere Wirtschaft zu Ende der Inflation zwar erheblich an Substanz eingebüßt hatte, im übrigen aber schuldenfrei war, ist bekannt. Hierin unterscheidet sich Ostpreußen nicht von anderen Landesteilen. Daß unsere Wirtschaft zwei Jahre nach der Stabilisierung der Währung schon so tief verschuldet war, gilt nicht in gleichem Maße so allgemein von anderen Bezirken. Bedeutungsvoll dabei ist, daß gerade in den Grenzgebieten Ostpreußens, wo die Inflation keineswegs eine größere Aufblähung der Wirtschaft mit sich gebracht hat als in anderen Bezirken, doch eine geradezu beispiellose Bereinigung der Wirtschaft im Wege von Konkursen stattfand. In keinem Landesteil haben wir in den Jahren 1924/25 eine relativ auch nur annähernd so hohe Zahl von Konkursen zu verzeichnen.

Und trotz dieser schärferen Bereinigung als anderweit heute diese Verschuldung in einzelnen Wirtschaftszweigen und dennoch diese Betriebsmittelarmut. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Die ostpreußische Verschuldung ist z. T. eine Zinsverschuldung. Die hohen Zinsverpflichtungen, die teils aus Unkenntnis der Tragweite, teils zwangsläufig eingegangen sind und nicht erfüllt werden konnten, erhöhten die Verschuldung. Dennoch oder gerade darum blieb das geliebene Kapital unzureichend für die Betriebsführung oder gar die Entschuldung. So haben wir heute den Zustand, daß trotz einer etwa gleich hohen Verschuldung bestimmter Wirtschaftszweige wie vor dem Kriege überall ein Betriebskapitalmangel obnegleichen herrscht.

Daß die Inflation über die wahre Lage der Wirtschaft hinwegtäuschte, ist eine für alle Teile des Reichs allgemein gültige Tatsache. Aber kein Landesteil ist aus der Inflation aufgewacht mit einem derartigen Erschrecken über die falsche Beurteilung seiner Lage wie Ostpreußen. Denn Welch ein Verhängnis der polnische Korridor für unsere ostpreußische Wirtschaft darstellt, darüber sind wir uns im Grunde mit Entsetzen erst nach der Stabilisierung der Währung klar geworden. Erst damals wurden wir gewahrt, — und das ist hier das Entscheidende — daß unsere ostpreußische Wirtschaft einen ganz anderen und viel ungünstigeren Standort hat, als uns die Frachtenentwertung vorgetäuscht hatte. Dieser fundamentale Irrtum über die Standortverhältnisse ist mit eine wichtige Ursache unserer heutigen

Kreditnot. Und zwar aus folgenden Gründen: Die Inflation hat überall in Deutschland einen Verlust der Betriebskapitalien, aber eine relative Stärkung des Anlagekapitals, des Bestandes an Gebäuden und Maschinen zur Folge gehabt. In Ostpreußen, und insbesondere in den Grenzgebieten, geschah die relative Stärkung des Anlagekapitals zum mindesten in bestimmten Industriezweigen nutzlos. Ich möchte nur auf eins hinweisen: man hat in der Provinz z. T. große Sägewerke und Mühlen an Stellen aufgebaut, wo sie heute absolut nicht rentabel sein können, weil nur unter den Verhältnissen, die die Inflation vortäuschte, billig Rohstoffe dorthinzubekommen waren. Während so anderweit nur liquide Mittel entwerteten, wurden bei uns auch Sachwerte wertlos. Bei uns war insolgedessen die Rationalisierung nicht wie anderweit z. T. eine Umstellung, sondern mehr oder weniger eine Abstellung und Neuaufbau an anderer Stelle. Die Zuführung von Krediten hatte bei uns also nicht nur die Aufgabe, die mangelnden Betriebsmittel zu ersetzen, sondern auch der Investition von Anlagen zu dienen. Das bedeutete aber einen relativ viel stärkeren Kreditbedarf, als er anderweit vorhanden war.

Ein erhöhter Betriebskreditbedarf ergibt sich u. a. aber auch noch aus den höheren Frachten, die Ostpreußen gerade für das tote Korridor-Gebiet zu tragen hat, das ihm als Markt verloren ist, und um dessen Ausdehnung sich seine Frachtraten erhöhten. Und ferner ist eins zu bedenken: Nirgends in Deutschland sind Industrie, Handel und Handwerk so abhängig von der Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft wie in Ostpreußen. Der Landwirt und zumal der ostpreußische aber erntet nur einmal im Jahr. Nur einmal im Jahr ist deshalb im Grunde bei ihm Zahltag. Das ganze übrige Jahr hindurch aber trägt das ostpreußische Gewerbe die Kreditlast des fehlenden landwirtschaftlichen Betriebskapitals.

Vor dem Kriege, wo der Landwirt auch schon verschuldet und das ganze Jahr über schlecht bei Gelde war, bewirkten bei uns in den Grenzbezirken die großen Garnisonen in der Zwischenzeit als barzahlende Abnehmer eine Kreditentlastung bei Handel und Gewerbe. Diese großen Garnisonen sind heute nicht mehr vorhanden. Der Militärärsiskus und seine Bediensteten treten heute lange nicht mehr im selben Umfange als Kunde und Barzahler auf. Unsere Industrie ist unbedeutend. Ihre Arbeiterschaft ist als Kunde nicht zu rechnen. Außerdem ist sie gleichfalls so zurückgegangen. Man denke nur an die nahezu abgestorbene Landmaschinen-Industrie.

Ist so der Staat in der Gestalt des Militärärsiskus nicht mehr ein Faktor der Kreditentlastung, so beansprucht er doch einen weit größeren Zipsel als früher an der Barmitteldede mit seinen Steuerforderungen. Aber die Steuern ist heute schon gesprochen worden. Hier nur die Feststellung, daß in der Stadt Allenstein allein die ins Handelsregister eingetragenen Firmen nur mit dem Mehr an Gewerbesteuern, das sie gegenüber der Vorkriegszeit zahlen, Kredite in Höhe von etwa 4 bis 4,5 Millionen Mark zu heutigen Zinssätzen verzinsen könnten. Was an Steuerkraft geleistet wird, fehlt an Zinskraft — schwächt also die Betriebsmittel nicht nur unmittelbar,

sondern mindert auch die Möglichkeit der Verzinsung und der Entschuldung.

Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, wenn der Landwirt, aber auch der Gewerbetreibende, seine Zinsen wenigstens z. T. schuldig bleibt. Das geschah ganz besonders in der Zeit, wo es Realkredite überhaupt noch nicht gab und jene überaus teuern kurzfristigen Darlehen ausgenommen wurden, die dann weder verzinst, noch getilgt werden konnten. Auch heute noch spielen solche „Schwebenden“ Schulden eine Rolle, zumal jetzt, wo die Möglichkeit, Realkredite zu erhalten, wieder gänzlich geschwunden zu sein scheint. In den Jahren 1924 und 1925 sind Zinsen von 20—48 % gar keine Seltenheit gewesen. Gerade die hohen Zinsen mußten aber, weil sie nicht bezahlt werden konnten, dem Kapital zugeschlagen werden und sind so einer der stärksten Verschuldungsfaktoren. Nach den statistischen Untersuchungen, die wir in der Steuerberatungsstelle der Industrie- und Handelskammer Allenstein an Hand des dort vorliegenden Materials an Buchungsunterlagen anstellen konnten, war zu ermitteln, daß etwa 15—20 % der Kreditbelastung auf solche Zinsverschuldung zurückzuführen ist. Das ist der Durchschnitt. Es gibt aber auch Betriebe, bei denen 50 % und mehr der durch Hypotheken abgelösten kurzfristigen Schulden, die aus den Stabilisierungsjahren stammen, unbezahlte Zinsen sind. Dabei handelt es sich um Betriebe, die heute noch existieren. Wieviele aber sind schon dieser Zinsverschuldung in der Zeit der „Reinigung“ zum Opfer gefallen!

Diese Entwidlung ist heute keineswegs abgeschlossen. Daß die Zinslast zu hoch ist, daß sie für uns in den Grenzgebieten neben der erhöhten Fracht-, der erhöhten Steuer- und der erhöhten Sozialbelastung nicht geleistet werden kann, liegt auf der Hand. Die Grundlagen der ostpreussischen Wirtschaft haben sich doch nicht zum Besseren verändert, die ostpreussische Landwirtschaft ist doch nicht so viel rentabler geworden, als in der Vorkriegszeit. Woher sollen denn aber alle diese Mehrleistungen kommen? Die Verschuldung geht also weiter. Wenn nominell die Vorkriegsverschuldung noch nicht ganz erreicht ist, so ist auf der anderen Seite der Kreditbedarf auch noch lange nicht befriedigt. Die Zinslast, die die bisherige Verschuldung aber aufbürdet, ist weit höher als die Vorkriegsbelastung. Wir haben bei Industriebetrieben festgestellt, daß sie größtenteils wieder annähernd so verschuldet sind wie vor dem Kriege. Aber während bei Gesamtaktiven von 200 000 M. in der Vorkriegszeit 80 000 M. Schulden einen Zinsbetrag von rund 3500—4500 M. erforderten, bedeutet die gleiche Schuld heute einen Zinsendienst von 8—10 000 M. jährlich. Damit hätte vor dem Kriege eine Schuldsomme von 200 000 bis 240 000 M. verzinst werden können. Das heißt also, vom Standpunkte der Zinslast liegt heute die doppelte bis dreifache Verschuldung vor bei solchen Betrieben, bei denen nominell erst die Vorkriegsbelastung erreicht ist. Die Schlußfolgerung für die Gesamtbeurteilung der ostpreussischen Kreditverhältnisse: Nicht Kredite an sich werden uns helfen, sondern nur solche Kredithilfe, die uns nicht nur die Zinsen für künftige, sondern auch die für die bisherigen Kredite wesentlich verbilligt. Die ganze Tragweite dieser Wahrheit wird sich

erst auswirken, wenn unsere Zahlungsbilanz auf dem Weltmarkt nicht mehr durch Auslandskredite gestützt werden kann, und wenn wir nur noch auf Inlandskredite angewiesen sein werden. Zunächst aber lautet die erste Frage des Kreditnehmers nicht: Zu welchen Bedingungen wird der Kredit gegeben? sondern: Wo ist der Kredit? Denn, wie ich schon zu Anfang meiner Ausführungen erklärte, der Kapitalmangel ist bei weitem noch nicht gedeckt. Daß Kredite notwendig sind, ist damit außer Frage gestellt. Ebenso steht außer Frage, daß wir hier in Ostpreußen und ganz besonders in den Grenzbezirken die notwendigen Kredite nicht erhalten, auch da nicht erhalten, wo hohe Zinsen getragen werden können. Das gilt selbstverständlich in erster Linie von Realkrediten. Wir haben daher die Frage aufzuwerfen: Woran liegt es, daß wir nur in unzureichendem Maße Kredite bekommen, und wie wirkt sich die Knappheit aus?

Bei der Beantwortung der ersten Frage haben wir uns in die Seele des Kreditgebers hinein zu versetzen. Dieser beurteilt den Betrieb einerseits nach der Rentabilität und andererseits nach der Sicherheit. Nach dem bisher Gesagten muß festgestellt werden, daß die Frage nach der Rentabilität eine untergeordnete Rolle gespielt hat, und daß in erster Linie die Frage nach der Sicherheit bei allen Krediten, die an die ostpreußische Wirtschaft gegeben werden, ventilirt wird. Diese Frage nach der Sicherheit und allerdings auch die nach der Rentabilität ist so stark abhängig von psychologischen und politischen Momenten, die für Ostpreußen ins Gewicht fallen und ganz besonders für seine Grenzbezirke nachteilig sind, daß sich hieraus die mangelnde Lust, Kredite nach Ostpreußen zu geben, ohne weiteres erklärt. Nach Bezirken, die einmal Kriegsschauplatz gewesen sind, oder über deren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich eine Volksabstimmung hat entscheiden müssen, in denen heute noch nationalpolitische Kämpfe stattfinden, nach dem deutschen Landesteil, der nur über feindlich gesinntes Ausland erreichbar ist, nach Landesteilen, die im allgemeinen unbekannt sind, und von deren kultureller Rückständigkeit schnurrige Geschichten erzählt werden, gibt man naturgemäß viel weniger gern Kredite, als nach solchen, bei denen der geschilderte Tatbestand nicht vorliegt. Da aber Ostpreußen der einzige deutsche Landesteil ist, für den alle diese ungünstigen Verhältnisse zutreffen, und da diese ungünstigen Tatbestände in Ostpreußens Grenzbezirken miteinander konkurrieren, so gibt man überall hin in Deutschland lieber Kredite als nach Ostpreußen, und da auch im übrigen Deutschland noch immer ein Kreditbedürfnis, und zwar ein erhebliches, besteht, so kommt Ostpreußen erst in allerletzter Linie. Wenn aber nach Ostpreußen Kredite gegeben werden, muß die ostpreußische Wirtschaft eine Risikoprämie in Gestalt erhöhter Zinsen entrichten. Diese Risikoprämie ist geradezu meßbar. Sie tritt uns entgegen in der Differenz zwischen den Zinssätzen für tägliches und langfristiges Geld in Berlin einerseits und in Ostpreußen andererseits. Die Industrie- und Handelskammer Allenstein hat die Zinssätze in ihrem Kammerbezirk beobachtet und sie in Vergleich gestellt mit den Zinssätzen, die in Berlin und in anderen wichtigen Orten des Reiches Geltung haben. Ich will Sie mit Zahlen nicht langweilen und Ihnen als markante Tatsache nur mitteilen, daß

unsere heimischen Banken, die uns früher ihre Zinsätze regelmäßig melbeten, sich in letzter Zeit weigern, uns diese Zinsätze mitzuteilen, und zwar sind zuerst Kommunalbanken durch „grundsätzliche Erwägungen“ zu dem Entschluß gelangt, uns die Zinsätze nicht mehr zu melden. Daß eine solche Risikoprämie für die erhöhte Unsicherheit verlangt und gegeben wird, steht außer Zweifel. M. E. ist das aber eine verhängnisvolle Entwicklung. Denn es ist ökonomisch doch offenbar abwegig, einen Schuldner, der ohnehin unsicher ist, dadurch noch zu gefährden, daß man ihm erhöhte Zinsen abnimmt und damit die Rentabilität seines Betriebes in Frage stellt. Das ist um so gefährlicher bei einem Landesteil, dessen Wirtschaftsgrundlage, die Landwirtschaft, ohnehin notorisch eine relativ geringere Rentabilität als andere Wirtschaftszweige hat. Wenn wir mit einer Gesamtverschuldung der ostpreußischen Wirtschaft in Höhe von etwa 600 Millionen sprechen können — ich glaube, daß diese Zahl nicht zu hoch gegriffen ist — so ist die Risikoprämie, die an Mehrzinsen gezahlt wird, auf jährlich mindestens 10 Millionen Mark zu schätzen. Sie kann aber auch ein Vielfaches dieser Zahl betragen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß in der von mir zu Anfang erläuterten Zinsverschuldung schon eine Risikoprämie einbegriffen ist, die nun als Kapitalschuld ständig weiter verzinst wird. D. h.: die ostpreußische Wirtschaft muß den fehlenden Grenzschutz, den ihm Reich und Staat nicht gewähren, die ostpreußische Wirtschaft muß den Mangel an Nachmitteln des Deutschen Reiches im Osten jährlich mit einer Millionensumme bar bezahlen. Die Wirtschaft versucht überall, wo es irgend möglich ist, und so auch bei uns in Ostpreußen, ohne den Staat auszuweichen. Aber diese Tatsache rechtfertigt ohne Zweifel den Ruf nach Staatshilfe. Was der ostpreußischen Wirtschaft Reich und Staat an Schutz durch politische Nachmitteln nicht bieten können, das müssen Reich und Staat der ostpreußischen Wirtschaft durch eine umfassende Zinsverbilligung geben. Das ist kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch auf Grund einer klaren und einwandfreien Überlegung und Berechnung.

In welcher Weise kann nun Kredithilfe seitens des Staates geleistet werden?

Für die Landwirtschaft kann ich mich hier in diesem Kreise auf die Forderung beschränken, daß eine Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe bezw. eine Konsolidierung der schwebenden Schulden zu verbilligten Zinsen vorzunehmen ist.

Für Industrie und Handel muß das, was bisher geleistet wurde, so dankenswert es ist, als gänzlich unzureichendes Stückwerk bezeichnet werden. Die bisherigen Realkreditquellen und die Art der Hergabe von Realkrediten an Industrie und Handel tragen schwere Mängel an sich. Das gilt sowohl von den Pfandbriefkrediten als von den sogenannten staatlichen „Eosortkrediten“. Die langen Wartezeiten bis zur jeweiligen Beschaffung der Leihmittel durch Verkauf der Pfandbriefe haben bei vielen Antragstellern eine teure kurzfristige Mehrverschuldung durch Zwischenkredite verursacht, die z. T. auch nicht abgedeckt werden konnten, wenn endlich der Pfandbriefkredit zur Auszahlung kam. Sehr bedenklich ist aber auch die Bedingung der

Kommunalbürgerschaft. Es darf nicht vergessen werden, daß diese Bedingung den Antragsteller abhängig macht von der Stimmung von den politischen Parteien in den kommunalen Körperschaften.

Die Kredite aus dem sogenannten Sofortprogramm, so dankenswert sie sind, sind aber doch in derart geringem Umfange gegeben worden, daß sie als wirksame Kredithilfe nicht anzusprechen sind. Viele Hoffnungen sind enttäuscht und viel falsche geschäftliche Dispositionen sind durch die großen Vorbereitungen für die Verteilung veranlaßt worden. Wenn es nicht gelingt, das Zehnfache von dem, was da einmal bewilligt würde, auf einmal zur Verfügung zu stellen, so kann wirksame Hilfe auf diesem Wege nicht geleistet werden.

Eine mittelbare Besserung der Kreditverhältnisse wäre ferner zu erreichen, wenn für Ostpreußen in größerem Umfange Staatsmittel für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt würden. Die in letzter Zeit geschaffene Möglichkeit, durch Hauszinssteuermittel die zweiten Hypotheken im Zinsfuß zu verbilligen, nützt nichts, wenn solche Hypotheken überhaupt nicht zu bekommen sind.

Daneben ist dringend notwendig eine Beobachtung und Beeinflussung der Zinspolitik, des Marktes für kurzfristiges Geld. Die Diskonterhöhungen der Reichsbank, die sich bei der übrigen deutschen Wirtschaft als regulierender Druck auswirken, sind Keulenschläge für die ostpreußische Wirtschaft. Wenn die Girozentrale selbst für kurzfristiges Geld bis zu 8 % an Gemeinden und Kommunalverbänden zahlt, dann kann man sich allerdings nicht wundern, wenn sie selbst bis zu 17½ % jährlich noch heute fordert. Aber daß solche Zinssätze mit unseren ostpreußischen Verhältnissen, wie ich sie vorher geschildert habe, nicht vereinbar sind, dürfte auch außer allem Zweifel sein.

Eine nicht unbedeutende Erleichterung des Kreditmarktes würde es z. B. bedeuten, wenn alle Beamten in Ostpreußen wie früher ihre Gehälter vierteljährlich erhalten würden, sofern sie auf eine Bank überwiesen werden. Mit den besonderen ostpreußischen Verhältnissen ist eine solche Maßnahme, ohne gerechtfertigte Berufungen befürchten zu müssen, zweifellos zu verantworten. Man würde damit einen Anreiz für tüchtige Beamte schaffen, nach Ostpreußen zu kommen. Der kleine ostpreußische Beamte, besonders auf dem Lande, ist ohnehin infolge der Kreditbeschwerden der ortseingewohnten Kaufmannschaft die Beute von ganz gewissenlosen westdeutschen Hausierern, die lange Abzahlungsfristen gewähren, aber Aufschläge bis zu 200 % auf die Preise für z. T. minderwertige Waren nehmen.

Auch sonst wird versucht werden müssen, neben der unmittelbaren Staatshilfe die Kreditlage durch indirekte Maßnahmen zu erleichtern. Ostpreußen wird solange das kreditwirtschaftlich schlechtest beurteilte Gebiet Deutschlands sein, als es der unbekannteste und ungerechteste verrufenste Teil Deutschlands ist. Dagegen muß noch mehr als bisher geschehen. Die Bestrebungen um eine systematische Förderung des Fremdenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich verdienen in diesem Sinne zweifellos nachdrücklichst, insbesondere auch staatliche, geldliche Unterstützung. Aber auch auf diesem Gebiet kann

nichts geleistet werden, wenn nicht die z. T. katastrophalen Gasthofs-
verhältnisse durch Bau- und Renovierungskredite verbessert werden,
und auch hier geht es nicht ohne Staatshilfe.

Die Staatshilfe bleibt leider die *conditio sine qua non*. Leider,
sage ich, denn nichts hat unseren ostpreussischen Kreditverhältnissen so
geschadet, wie der in den letzten Jahren so oft — leider noch immer
nicht mit dem notwendigen Erfolge — erhobene Notruf der ostpreußi-
schen Wirtschaft. Aber daß er immer wieder erhoben wird, sollte zur
Genüge beweisen, wie unumgänglich notwendig ist, was die ostpreu-
ßische Wirtschaft erbittet.



Wortlaut der auf der Verbandstagung angenommenen EntschlieÙung.

Der Verband ostpreuÙischer Industrie- und Handelskammern (Grenzklammern) verfolgt mit schwerer Sorge die weitere Auswirkung der Bestimmungen des Friedensvertrages und insbesondere der Bildung des polnischen Korridors auf die ostpreuÙische Wirtschaft. Er bedauert, daÙ die Absichten des Reiches bzw. des Staates, für OstpreuÙen in Berücksichtigung der für diese Provinz geschaffenen besonderen Verhältnisse besondere Maßnahmen zu treffen, zu Berufungen anderer Provinzen führen könnten, und stellt demgegenüber fest, daÙ für keine andere Provinz des Reiches die gleichen unverschuldeten, die Entwicklung der Wirtschaft hemmenden Umstände vorliegen, wie für OstpreuÙen. Infolgedessen sind auch nach Ansicht des Verbandes wegen dieser besonderen Verhältnisse besondere Maßnahmen für OstpreuÙen erforderlich und die Berufungen anderer Provinzen dieserthalb unbegründet. Der Verband ist daher der Ansicht, daÙ nur eine sofortige, wirklich großzügige und auf lange Sicht abgestellte besondere Aktion des Reiches bzw. des Staates zu einer Beseitigung oder doch Abschwächung jener besonderen Nachteile führen kann, unter denen die Betätigung der ostpreuÙischen Wirtschaft leidet.

Folgende Punkte bedürfen dabei besonderer Berücksichtigung:

1. Die Regelung der Beziehungen OstpreuÙens zu den Nachbarstaaten.

a) Der Grenzklammerverband richtet in dieser Hinsicht an die Reichsregierung die Bitte, das übrige dazu zu tun, der Wirtschaft und dem Verkehr die Wege nach dem Osten wieder frei zu machen, und die Neigung der Staaten des Ostens zu hermetischer Abschließung ihrer Grenzen zu überwinden. Er erwartet aber, daÙ das Deutsche Reich bei dem Abschluß von Handelsverträgen mit den östlichen Nachbarstaaten die Interessen OstpreuÙens in vollem Umfange wahrt und die Provinz insbesondere in ihrem Wettbewerb gegen Polen schützt. Die Grenzverhältnisse sind endlich in einer die Grenzgebiete befriedigenden Weise zu regeln.

b) Bei der etwaigen Gewährung von Warenkrediten an die Oststaaten sind die ostpreuÙischen Wirtschaftskreise bevorzugt zu berücksichtigen, soweit sie bisher in Handelsbeziehungen mit den betreffenden Ländern gestanden haben und über besondere Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen.

2. Die Frachtenbelastung OstpreuÙens. Die durch den Verlust Pommerns und WestpreuÙens sowie des Memellandes für OstpreuÙen herbeigeführte völlige Änderung der Bezugs- und Absatzverhältnisse, ferner die EinbuÙe des Memelstromes und der Weichsel

als Transportwege bedeuten für die Provinz Ostpreußen eine frachtliche Mehrbelastung von jährlich etwa 35 Millionen. Dieser ungeheure jährliche Frachtentribut kann auf die Dauer von der ostpreußischen Wirtschaft nicht getragen werden. Sofern daher die Reichsbahnverwaltung ihrerseits nicht in der Lage sein sollte, die für die ostpreußische Wirtschaft dringend erforderliche Frachtsenkung vorzunehmen, wird es als die unabweisbare Pflicht des Reiches bzw. des Staates bezeichnet werden müssen, die zur Abbürdung des Ostpreußen auferlegten jährlichen Frachtentributs erforderlichen Mittel mit größter Beschleunigung zur Verfügung zu stellen.

3. Die Steuerlast Ostpreußens. Die Anteile der ostpreußischen Gemeinden an Reichssteuern und die Zuschüsse zu den ostpreußischen Berufsschulen, welche der Staat nach der Kopfzahl der Schulpflichtigen leistet, sind gegenüber den sonstigen Gemeinden hinaufzusetzen, jedoch nur für solche ostpreußischen Gemeinden, deren Steuerzuschläge, und solche ostpreußischen Berufsschulen, deren Berufsschulbeiträge nicht erhöht werden.

4. Die ostpreußischen Kreditverhältnisse. Ostpreußens Wirtschaft, insbesondere die seiner Grenzbezirke, bezahlt die beispiellose Ungunst ihrer politischen Lage zur Zeit jährlich mit mindestens 10 Millionen Mark an Risikozuschlägen auf Zinsen für unzureichende Kredite. Die Landwirtschaft, insobedessen überwiegend schon seit Jahren unrentabel, Handel und Gewerbe, fast durchweg agrargebunden, sind so in wenigen Jahren zur völligen Ertraglosigkeit verurteilt, zumal jeder Rückschlag auf dem allgemeinen Kapitalmarkt die ostpreußische Wirtschaft in verstärktem Maße trifft.

Der Verband erachtet daher die Erfüllung folgender Forderungen für unerlässlich und dringend:

- a) Durchgreifende staatliche Entschuldungsmaßnahmen für die Landwirtschaft durch Realkredite zu rentablen Zinssätzen.
- b) Gleiches für die Industrie und gewisse Handelszweige.
- c) Förderung des privaten Wohnungsbaus durch Vergabe von billigen Staatskrediten für zweite Hypotheken.
- d) Entschiedene staatliche Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens zur ostpreußischen Wirtschaft und zur Beseitigung des Ostpreußen-Vorurteils, insbesondere auch durch Förderung des Fremdenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich.

Die Versorgungskraft eines bedeutenden Oberschußgebiets, die Steuerkraft Hunderttausender von Betrieben, wertvollster staatspolitischer Besitz an deutschem Land stehen auf dem Spiel, wenn nicht gerade auf dem Gebiet des Kreditwesens schnell und durchgreifend geholfen wird.



OSTPREUSSENS



ELBLĄG

WOJEWÓDZKA
BIBLIOTEKA PUBLICZNA

W. 4. 3

Druck
Otto v. Maunderode, Elbląg.



ROTANOX
oczyszczanie
VI 2015



Ostpreussens Wirtschaftsnot

KR IV.4.3

nr inw. 34880